

Kapitel 4

Langfristige Wachstumsaussichten und fiskalpolitische Erfordernisse

Zusammenfassung

- Die Zusammensetzung der globalen Produktion wird sich weiter in Richtung aufstrebende Volkswirtschaften und Asien verlagern; das kombinierte BIP von China und Indien belief sich 2010 (auf KKP-Basis) auf 33% des BIP des OECD-Raums, wird aber bis 2060 voraussichtlich auf 73% steigen.
- Sofern sich die Grenze des technologischen Fortschritts weiter mit den historischen Zuwachsraten erhöht, wird das durchschnittliche Wachstum des Pro-Kopf-BIP im OECD-Raum den Projektionen zufolge im Zeitraum bis 2060 in der Nähe der unmittelbar vor der Krise verzeichneten jährlichen Wachstumsrate von 1½% liegen.
- Abgesehen von einigen wenigen größeren Ausnahmen wird der negative Effekt der Bevölkerungsalterung auf den Arbeitseinsatz in den OECD-Ländern weitgehend durch einen Anstieg der Erwerbsbeteiligung ausgeglichen werden. Bis 2030 wird dies in den meisten Ländern durch bereits verabschiedete Erhöhungen des gesetzlichen Rentenalters, den positiven Effekt eines höheren Bildungsniveaus und einen trendmäßigen Anstieg der Frauenerwerbsquote erreicht werden. Nach 2030 werden dazu weitere Reformen erforderlich sein, die im Wesentlichen eine Koppelung des Rentenalters an die Lebenserwartung sicherstellen.
- Die Krise dürfte das Pro-Kopf-Produktionspotenzial im OECD-Raum den Schätzungen zufolge um rd. 3¼% verringert haben. In einigen europäischen Ländern – vor allem Euroländern – fiel der Effekt wesentlich stärker aus. Für Estland, Finnland, Griechenland, Island, Slowenien, die Tschechische Republik und Ungarn beträgt die Verringerung des Produktionspotenzials 2014 mehr als 10%.
- In nahezu allen OECD-Ländern mit Ausnahme Japans ist der zusätzliche Konsolidierungsbedarf, der zur Rückführung der Staatsschuldenquote auf 60% des BIP bis 2030 erforderlich wäre, geringer – in den meisten Fällen sogar deutlich geringer – als die in den Jahren 2010-2015 voraussichtlich bereits erzielte Konsolidierung. In Frankreich, Irland, Island, Italien, Kanada, Polen, Portugal und Ungarn bedarf es nach 2015 einer durchschnittlichen Konsolidierung um 1-3 Prozentpunkte des BIP. In drei Ländern – Spanien, dem Vereinigten Königreich und den Vereinigten Staaten – ist nach 2015 eine weitere durchschnittliche Haushaltskonsolidierung von 3-5 Prozentpunkten erforderlich.
- In Japan würde selbst eine massive Haushaltskonsolidierung von fast 11 Prozentpunkten des BIP nach 2015 lediglich eine Stabilisierung der Schuldenquote bis 2030 bewirken. Dies legt den Schluss nahe, dass als Ergänzung ein ambitionierteres Paket von strukturpolitischen und makroökonomischen Maßnahmen benötigt wird.
- Eine Reduzierung der Staatsschuldenquote auf 60% des BIP würde in den zehn OECD-Ländern mit der derzeit höchsten Staatsverschuldung die fiskalische und die mit der Auslandsverschuldung assoziierte Risikoprämie insgesamt um durchschnittlich 1½ Prozentpunkte senken, die staatlichen Schuldendienstzahlungen im Durchschnitt um 4 Prozentpunkte des BIP reduzieren und das Wachstum auf mittlere Sicht um 0,2 Prozentpunkte pro Jahr erhöhen (jeweils bis 2030, im Vergleich zu einem kontrafaktischen Modell, in dem die Staatsverschuldung auf dem gegenwärtigen Stand verharrt). Eine Verringerung der Staatsverschuldung würde auch die Widerstandsfähigkeit steigern und einer etwaigen erneuten Zunahme der globalen Ungleichgewichte entgegenwirken.

- Die realen langfristigen Zinssätze werden den Projektionen zufolge in den nächsten vier bis fünf Jahren unter dem Einfluss der sich schließenden Produktionslücken und der Normalisierung der Leitzinsen im Durchschnitt um etwa 1½ Prozentpunkte steigen. Danach wird angesichts der Haushaltskonsolidierung in den OECD-Ländern und des steigenden Anteils von Nicht-OECD-Ländern mit hoher Ersparnisbildung an der globalen Produktion bis deutlich über 2030 hinaus kein starker Aufwärtsdruck auf die Zinssätze erwartet.
- Ein höheres Tempo bei der Verbesserung der Produktmarktregulierung könnte das BIP beträchtlich steigern – für Nicht-OECD-Länder ergäbe sich bis 2030 eine durchschnittliche Steigerung um 9%, während für die sechs OECD-Länder, in denen die Regulierung gegenwärtig am restriktivsten ist, ein durchschnittliches Plus von 6% zu erwarten wäre.
- Eine Reduzierung der strukturellen Arbeitslosigkeit auf 5% würde in vielen OECD-Ländern eine erhebliche Verbesserung der Finanzlage bewirken: Für Belgien, Polen, Frankreich, Griechenland und die Slowakische Republik ergäbe sich eine Verbesserung des Primärsaldos um über 2 Prozentpunkte des BIP, für Spanien würde die Verbesserung sogar mehr als doppelt so hoch ausfallen.
- In aufstrebenden Marktwirtschaften könnten durch eine Verbesserung des Zugangs zu Bildung auf lange Sicht erhebliche positive Effekte erzielt werden; so könnte das BIP in China, Indien, Indonesien und Südafrika um 10% oder mehr gesteigert werden, wenngleich sich solche Effekte erst mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung einstellen würden.

Langfristige globale Wachstumsprojektionen

Dieses Kapitel befasst sich mit den langfristigen Projektionen für die Weltwirtschaft

Die Weltwirtschaft wird in den kommenden Jahrzehnten massive Veränderungen erfahren, darunter eine Verschiebung in der Zusammensetzung der globalen Produktion in Richtung Nicht-OECD-Länder und Asien, eine weitere Reduzierung des Wohlstandsgefälles zwischen den einzelnen Ländern – wengleich in Bezug auf den Lebensstandard große Unterschiede zwischen den ärmsten und den reichsten Ländern bestehen bleiben – sowie demografische Veränderungen in Form einer Verlangsamung des Bevölkerungswachstums, alternder Bevölkerungen und einer Verringerung des Unterschieds zwischen der Erwerbsbeteiligung von Männern und Frauen. In diesem Kapitel wird der Versuch unternommen, diese Trends durch eine Reihe konsistenter langfristiger Projektionen zu quantifizieren, die die in den Kapiteln 1 bis 3 vorgestellten kurzfristigen Projektionen unter Verwendung des in Johansson et al. (2013) beschriebenen Modells bis 2060 verlängern¹. Diese Projektionen dienen dann – ohne die erheblichen Mängel außer Acht zu lassen, mit denen solche Berechnungen zwangsläufig behaftet sind – als Ausgangspunkt für die Analyse der fiskalischen Ungleichgewichte, des Konsolidierungsbedarfs sowie der Auswirkungen von Strukturreformen.

Modellierungsrahmen und statistische Fragen

Die Projektionen für die gesamtwirtschaftliche Produktion beruhen auf einer Wachstumszerlegung

Das den Analysen zu Grunde liegende Modell beruht auf einem einheitlichen Katalog von Langzeitprojektionen für das Produktionspotenzial (nähere Einzelheiten enthält Kasten 4.1). Das Produktionspotenzial wird durch Projizierung der einzelnen trendmäßigen Inputkomponenten (Beschäftigung, Humankapital, Arbeitseffizienz und Sachkapital) bis 2060 vorausberechnet. Der Kreis der in den Projektionen erfassten Länder erstreckt sich auf alle OECD-

Kasten 4.1 Das Konzept der Wachstumszerlegung

Das Produktionspotenzial (Y) wird auf Basis einer Cobb-Douglas-Produktionsfunktion mit konstanten Skalenerträgen ermittelt, in der das Sachkapital (K), das Humankapital (H) und die potenzielle Beschäftigung (N) als Produktionsfaktoren sowie der arbeitsvermehrnde technische Fortschritt (E , im Folgenden als „Arbeitseffizienz“ bezeichnet) als Inputkomponenten berücksichtigt werden, so dass gilt:

$$(1) \quad y = \alpha(n+e+h) + (1-\alpha)k,$$

wobei Kleinbuchstaben Logarithmen bezeichnen und α die Lohnquote darstellt.

Durch Projektion der trendmäßigen Inputkomponenten wird das Produktionspotenzial bis 2060 vorausberechnet. Zur besseren Darstellung (vgl. nachstehend erörterte Tabellen) bietet es sich an, die Veränderung des Pro-Kopf-BIP, die ein grobes Maß für den Lebensstandard ist, in die Komponenten Produktivität und Arbeitseinsatz aufzuschlüsseln (wobei P für die Bevölkerung steht):

$$(2) \quad \Delta(y-p) = \Delta(y-n) + \Delta(n-p)$$

(Fortsetzung nächste Seite)

(Fortsetzung)

Durch Umwandlung von Gleichung (1) lassen sich drei verschiedene Komponenten der Veränderung der Trendproduktivität unterscheiden:

$$(3) \quad (y-n) = \Delta e + \Delta h + \{(1-\alpha)/\alpha\} \Delta(k-y)$$

Jede dieser Komponenten wird wie folgt modelliert und bis 2060 projiziert (wegen weiterer Einzelheiten vgl. Johansson et al., 2013):

- Das Wachstum der *Arbeitseffizienz* wird auf Basis eines Konzepts bedingter Konvergenz¹ bestimmt, wonach die Wachstumsrate gegen die Rate konvergiert, mit der sich die Grenze des technologischen Fortschritts nach oben verschiebt, das absolute Niveau der Arbeitseffizienz aber auf Grund bestimmter länderspezifischer Merkmale, wie z.B. der strukturpolitischen Ausrichtung, sogar auf lange Sicht unter dem Niveau der Technologiegrenze verharren könnte. Im vorliegenden Modellierungsrahmen ist die Produktmarktregulierung ein wichtiger Bestimmungsfaktor für die Entfernung eines Landes von der Technologiegrenze. Der Grad der Konvergenz hängt vom Ausgangspunkt ab: Länder, die weiter von der Technologiegrenze entfernt sind, verzeichnen eine schnellere Konvergenz. Die Konvergenz wird auch von der Handelsoffenheit und historischen Trägheitseffekten beeinflusst. Es wird unterstellt, dass sich die Grenze des technologischen Fortschritts mit einer Rate von 1,3% pro Jahr erhöht, was der historischen Zuwachsrates entspricht, die in den zehn Jahren vor der Krise in den führenden OECD-Ländern verzeichnet wurde; auf sehr lange Sicht werden alle Länder gegen diese Wachstumsrate konvergieren. Für Länder, die gegenwärtig ein restriktiveres Regulierungsumfeld aufweisen, wird angenommen, dass sich die Produktmarkt- und Handelsregulierung allmählich dem durchschnittlichen Regulierungskurs in den OECD-Ländern annähert, während in anderen Ländern ein unverändertes Regulierungsumfeld unterstellt wird.
- Das *Humankapital* wird als Funktion der durchschnittlichen Bildungsjahre je Arbeitskraft (mit einer abnehmenden Ertragsrate) gemessen. Es wird unterstellt, dass sich die Konvergenz des Humankapitals in Richtung der Weltspitze (die von Korea repräsentiert wird) mit der gleichen Wachstumsrate fortsetzt, die weltweit im Zeitraum 1960-2005 verzeichnet wurde, und dass das Bildungsniveau im gegenwärtig führenden Land (Korea) bis 2060 allmählich weiter steigt (so dass sich dort der Anteil der 25- bis 29-Jährigen mit Tertiärbildung von 63% im Jahr 2009 auf 72% im Jahr 2060 erhöht).
- Für die *Sachkapitalintensität* wird durch Anwendung einer autoregressiven Regel auf den Kapitalkoeffizienten (K/Y) eine allmähliche Stabilisierung unterstellt. Diese Regel lässt eine allmähliche Stabilisierung des Kapitalkoeffizienten in Ländern mit historisch steigender Kapitalintensität, wie z.B. Kanada, Australien und China, zu. Im Verlauf des Projektionszeitraums wird die Kapitalintensität weiter durch Veränderungen der Zinssätze beeinflusst.

Änderungen des Arbeitseinsatzes können in drei Komponenten aufgeschlüsselt werden; dabei steht LF für die Erwerbsbevölkerung und PWA für die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter, wobei unter letzterer angesichts des langen Zeithorizonts der Projektionen die Altersgruppe der 15- bis 74-Jährigen verstanden wird:

$$(4) \quad \Delta(n-p) = \Delta(n-lf) + \Delta(lf-pwa) + \Delta(pwa-p)$$

- Der Effekt von Veränderungen der strukturellen Arbeitslosigkeit auf den Arbeitseinsatz wird durch den ersten Term $\Delta(n-lf)$ erfasst. In den OECD-Ländern kehrt die strukturelle Arbeitslosenquote allmählich wieder zum niedrigsten für den Zeitraum 2007-2014 geschätzten Wert zurück. In Nicht-OECD-Ländern, in denen die Arbeitslosigkeit derzeit über dem OECD-Durchschnitt liegt, wird eine allmähliche Konvergenz gegen den OECD-Durchschnitt unterstellt, während die Arbeitslosigkeit in Ländern, in denen sie derzeit unter dem OECD-Durchschnitt liegt, den Annahmen zufolge unverändert bleibt.
- Für die meisten Länder werden Veränderungen der Erwerbsbeteiligung, der zweite Term $(lf-pwa)$ in Gleichung (4), mittels eines Kohortenmodells projiziert, in dem Kohorten nach Geschlecht und nach Altersgruppen, die jeweils fünf Jahre umfassen, unterschieden werden. Für die übrigen Länder (darunter alle Nicht-OECD-Länder) wird anstelle des Kohortenmodells ein vereinfachter Ansatz verwendet. Der Einfluss der Politik kommt in den zwei Phasen der Projektionen auf unterschiedliche Weise zum Tragen. Es wird unterstellt, dass in jüngster Zeit verabschiedete Rentenreformen, die eine Anhebung des Regelrentenalters bis 2030 vorsehen,

(Fortsetzung nächste Seite)

(Fortsetzung)

wie geplant umgesetzt werden und dass sich die Erwerbsquoten älterer Arbeitskräfte entsprechend erhöhen. Zusätzlich wird davon ausgegangen, dass sich die Effekte eines steigenden Bildungsniveaus im Rentenverhalten niederschlagen. Für den Zeitraum nach 2030 wird eine stilisierte Annahme zu Grunde gelegt, wonach die Dauer des Erwerbslebens im Verhältnis zur Lebenserwartung konstant bleibt, womit implizit von einer Kopplung des gesetzlichen Renteneintrittsalters an die Lebenserwartung ausgegangen wird.

- Ein demografischer Effekt auf den Arbeitseinsatz wird durch den dritten Term in Gleichung (4) als Veränderung der „Erwerbsfähigenquote“ erfasst, die als das Verhältnis der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter zur Gesamtbevölkerung definiert wird.
1. Die Wachstumsrate der Multifaktorproduktivität entspricht in diesem Konzept der Wachstumsrate der Arbeitseffizienz multipliziert mit der Lohnquote.

Länder sowie auf die G20-Länder, die nicht Mitglied der OECD sind (Argentinien, Brasilien, China, Indien, Indonesien, die Russische Föderation, Saudi-Arabien und Südafrika); auf diese Länder entfielen 2010 zusammengenommen knapp unter 90% des weltweiten BIP zu Marktwechselkursen².

**Ungleichgewichte
bei Ersparnis
und Investitionen
beeinflussen Zinssätze
und Wachstum**

Ein zweites wesentliches Merkmal des Modells ist, dass es die gesamtwirtschaftliche Ersparnis und die gesamtwirtschaftlichen Investitionen projiziert, wobei Ungleichgewichte zu Veränderungen bei den Zinssätzen führen, die ihrerseits Auswirkungen auf das Wachstum des Produktionspotenzials haben, indem sie die Kapitalintensität der Produktion beeinflussen (Kasten 4.2). Auf globaler Ebene werden Ersparnis und Investitionen durch eine gleichmäßige Anpassung der Zinssätze in allen Ländern ins Gleichgewicht gebracht, so dass im Fall einer ex ante bestehenden Tendenz zu einer „weltweiten

Kasten 4.2 Projektion von Ersparnis, Investitionen und Zinssätzen

Ein wichtiges Element des Projektionsmodells ist die Bestimmung von Ersparnis und Investitionen sowie der Mechanismen, über die Ungleichgewichte durch Änderungen der Zinssätze beseitigt oder verringert werden – mit entsprechenden Auswirkungen auf das Wachstum.

Die öffentliche Ersparnis der OECD-Länder wird durch eine fiskalische Reaktionsfunktion bestimmt, die auf den strukturellen Primärsaldo einwirkt und gewährleistet, dass die öffentliche Schuldenquote auf dem in jüngster Zeit verzeichneten Niveau verharrt oder einem bestimmten Zielwert entspricht. In Ländern, in denen die Bruttostaatsverschuldung 60% des BIP übersteigt, zielt die Fiskalpolitik auf eine Konvergenz gegen diesen Schwellenwert ab. In Ländern, in denen die Verschuldung unter 60% des BIP liegt, ist die Fiskalpolitik darauf ausgerichtet, die Bruttostaatsschuldenquote zu stabilisieren. Es wird unterstellt, dass die zur Verwirklichung dieser Ziele notwendige Haushaltskonsolidierung über eine allmähliche Verbesserung des strukturellen Primärsaldos erfolgt und jährlich auf maximal ½ Prozentpunkt des BIP begrenzt ist. Diese Annahme läuft u.U. den aktuellen Plänen der Regierungen zuwider und steht nicht unbedingt mit den nationalen oder supranationalen Haushaltsvorgaben, -zielen oder -regeln in Einklang. Keynesianische Effekte der Haushaltskonsolidierung auf die Nachfrage bleiben unberücksichtigt. Die Effekte auf die öffentlichen Haushalte, die aus der Bevölkerungsalterung und dem anhaltenden Aufwärtsdruck auf die Gesundheitsausgaben resultieren, werden nicht explizit einbezogen, bzw. es wird implizit unterstellt, dass diese Effekte durch Reformen der entsprechenden Ausgabenprogramme verringert oder durch andere Haushaltsmaßnahmen ausgeglichen werden.

Die privaten Sparquoten in den OECD-Ländern werden anhand von Ergebnissen empirischer Arbeiten der OECD ermittelt (Kerdrain et al., 2010), denen zufolge durch den Alten- und den Jugendquotienten erfasste demografische Effekte einen starken Einfluss auf die langfristige tendenzielle Entwicklung der Ersparnis haben,

(Fortsetzung nächste Seite)

(Fortsetzung)

wobei der Haushaltssaldo, die Terms of Trade, das Produktivitätswachstum, der Saldo der Ölhandelsbilanz und die Kreditverfügbarkeit als zusätzliche Bestimmungsfaktoren hinzukommen. Die Gesamtersparnis im OECD-Raum entspricht der Summe der öffentlichen und der privaten Ersparnis, wobei etwaige Erhöhungen der öffentlichen Ersparnis infolge einer partiellen Ricardianischen Äquivalenz allerdings zu 40% durch ein geringeres Sparverhalten des privaten Sektors aufgewogen werden (in Einklang mit OECD-Schätzungen, z.B. Röhn, 2011).

Für die Nicht-OECD-Länder wird die Gesamtsparquote anhand einer Gleichung bestimmt, bei der es sich annähernd um eine gesamtwirtschaftliche Variante der privaten Ersparnisgleichung für die OECD-Länder handelt, wobei die Effekte der Alten- und Jugendquotienten, der Terms of Trade, der Kreditverfügbarkeit, des Niveaus der öffentlichen Gesundheitsausgaben (als Ersatzvariable für die staatliche soziale Sicherung) und des Produktivitätswachstums berücksichtigt werden.

Die Investitionen ohne Wohnungsbau werden anhand des Kapitalstocks bestimmt, und der Anteil der Wohnungsbauinvestitionen am BIP stabilisiert sich den Annahmen zufolge auf seinem langfristigen Durchschnittswert.

Die Leistungsbilanzsalden errechnen sich aus der Differenz zwischen den projizierten Werten für die nationale Ersparnis und die nationale Investitionstätigkeit. Eine Ausnahme bildet eine Gruppe von erdölexportierenden Nicht-OECD-Ländern, die laut Definition Saudi-Arabien, Russland sowie 27 kleinere Nicht-OECD-Länder umfasst. Für diese Länder werden keine Einzelprojektionen der Leistungsbilanzsalden erstellt. Stattdessen wird der kombinierte Leistungsbilanzsaldo aller dieser erdölexportierenden Nicht-OECD-Länder auf der Grundlage von Projektionen ihrer Ölhandelsbilanzsalden errechnet, wobei unterstellt wird, dass sich die Aufwärtstendenz der Ölpreise, auf der die kurzfristigen Projektionen basieren, in gewissem Umfang fortsetzt, auf mittlere Sicht aber durch eine Reaktion der Angebotsseite abgeschwächt wird.

Die kurzfristigen Zinssätze werden sich den Annahmen zufolge in Einklang mit dem Konjunkturzyklus entwickeln und somit auf ein – entsprechend dem nominalen Wachstumspotenzial bestimmtes – neutrales Niveau zurückkehren, wenn sich die Produktionslücke schließt. Die langfristigen Zinssätze werden als Konvolution der kurzfristigen Zinssätze zuzüglich einer Laufzeitprämie bestimmt. Weitere Elemente, die sich – wie im Folgenden beschrieben – in den Zinssätzen niederschlagen, sind eine länderspezifische, vom öffentlichen Schuldenstand abhängige Risikoprämie (fiskalische Risikoprämie), ein länderspezifischer, von der Höhe der Auslandsverschuldung abhängiger Aufschlag sowie eine „globale Ausgleichsprämie“, die für alle Länder gleichermaßen gilt und sicherstellt, dass das Gleichgewicht zwischen weltweiter Ersparnis und weltweiten Investitionen ex post gewahrt bleibt.

- Eine höhere Staatsverschuldung führt den Annahmen zufolge zu einer höheren länderspezifischen fiskalischen Risikoprämie (was sich mit den Ergebnissen von Égert, 2010, sowie Laubach, 2009, deckt). Mit jedem Prozentpunkt, um den die Schuldenquote den Schwellenwert von 75% des BIP überschreitet, erhöht sich die auf die langfristigen Zinssätze angewandte fiskalische Risikoprämie um zwei Basispunkte, mit einem zusätzlichen Anstieg um zwei Basispunkte für jeden Prozentpunkt, um den die Schuldenquote 125% des BIP übersteigt. Eine Ausnahme von dieser Regel ist Japan, weil dort ein hoher Anteil der Staatsverschuldung binnenwirtschaftlich finanziert wird, weshalb die fiskalische Risikoprämie bei einem Viertel des für die anderen OECD-Länder geltenden Werts angesetzt ist.
- Die Leistungsbilanzungleichgewichte werden kumuliert, um eine Ersatzvariable für die Auslandsvermögenspositionen zu gewinnen – wobei eine höhere Auslandsverschuldung in Einklang mit den Erkenntnissen von Lane und Milesi-Ferreti (2001), Rose (2010) sowie Turner und Spinelli (2013) zu höheren länderspezifischen Risikoprämien führt, die sich in den Marktzinssätzen niederschlagen. Dies wird umgesetzt, indem die Zinssätze für jeden Anstieg der Nettoauslandsverschuldung im Verhältnis zum BIP um 1 Prozentpunkt um 2 Basispunkte erhöht werden. Für Länder, die Nettogläubiger sind, wird entsprechend den Ergebnissen von Turner und Spinelli (2013) kein Abschlag auf den Inlandszinssatz vorgenommen.
- Bewegungen der globalen Zinssätze gewährleisten, dass die weltweite Ersparnis und die weltweiten Investitionen im Gleichgewicht bleiben: Wenn die Summe der Leistungsbilanzsalden ex ante positiver ausfällt als in früheren Perioden und somit ex ante ein globaler Ersparnisüberschuss besteht, wird eine „globale Ausgleichsprämie“ einen senkenden Effekt auf alle Zinssätze ausüben; der daraus resultierende Zinsrückgang fördert dann die Investitionstätigkeit, wodurch das Gleichgewicht zwischen weltweiter Ersparnis und weltweiten Investitionen wiederhergestellt wird.

Ersparnisschwemme“ überall Abwärtsdruck auf die Zinssätze ausgeübt wird. In einzelnen Ländern führt eine übermäßige Staatsverschuldung oder Nettoauslandsverschuldung zu einem Anstieg der nationalen Zinssätze. Die nationalen Sparquoten werden zwar durch eine Vielzahl struktureller und makroökonomischer Faktoren beeinflusst, die größte Rolle spielen jedoch demografische Faktoren, weil alternde Bevölkerungen weniger sparen, fiskalische Faktoren, weil Veränderungen der öffentlichen Ersparnis nur teilweise durch eine niedrigere private Ersparnisbildung ausgeglichen werden, sowie – in Nicht-OECD-Ländern – die Höhe der Sozialleistungen, weil diese Leistungen die Notwendigkeit des Vorsorgesparens reduzieren. Die Kapitalintensität der Produktion und damit auch die Investitionstätigkeit reagiert auf die Zinssätze und schafft so einen partiellen Ausgleichsmechanismus zwischen Ersparnis und Investitionen und trägt dazu bei, die Entstehung einer zu hohen nationalen Verschuldung zu verhindern (und dauerhafte Leistungsbilanzdefizite entsprechend zu reduzieren).

Die gesamtwirtschaftliche Produktion dürfte in den kommenden vier bis fünf Jahren allmählich wieder ihre Potenzialrate erreichen

Ein weiteres wesentliches Merkmal der langfristigen Wachstumsprojektionen ist, dass sie in den Kurzzeitprojektionen für 2015 verankert sind und dass für die Zeit danach davon ausgegangen wird, dass sich die Produktionslücken je nach ihrer ursprünglichen Größe in der Regel über einen Zeitraum von vier bis fünf Jahren nach und nach schließen. Das setzt in den ersten Jahren des Projektionszeitraums in Ländern, die 2015 eine negative Produktionslücke aufweisen, ein Wachstum über dem Trend voraus³. Alternativ dazu könnten große negative Produktionslücken auch länger bestehen bleiben, womit das Abwärtsrisiko entstünde, dass Hystereseeffekte das Niveau des Produktionspotenzials dauerhafter senken (De Long und Summers, 2012). Sobald die Produktionslücken geschlossen sind, wird unterstellt, dass die gesamtwirtschaftliche Produktion entsprechend der Potenzialrate wächst und die Geldpolitik dafür sorgt, dass die Inflation zu den jeweiligen landes- oder regionsspezifischen Zielwerten zurückkehrt.

Die Krise hat die Höhe des Produktionspotenzials, nicht jedoch seine Wachstumsrate verringert

Eine weitere optimistische Annahme, die den Projektionen zu Grunde liegt, besteht darin, dass die Krise nur die Höhe des Produktionspotenzials verringert hat und keine dauerhaften negativen Auswirkungen auf dessen Wachstumsrate hatte. Im Vergleich zu einer kontrafaktischen Situation auf der Grundlage von Vorkrisentrends hat sich das Produktionspotenzial des OECD-Raums insgesamt um rd. 3¼% verringert (Kasten 4.3), was dem (vorübergehenden)

Kasten 4.3 Die Auswirkungen der Krise auf das Produktionspotenzial

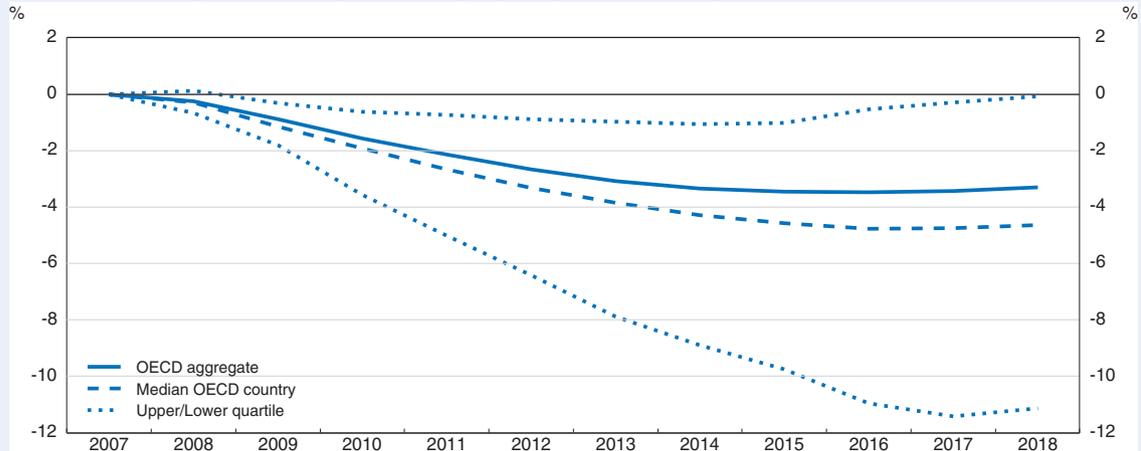
Für die meisten OECD-Länder dürfte die Krise zu einem dauerhaften Verlust an Produktionspotenzial geführt haben, so dass das BIP, selbst wenn sich die Erholung kontinuierlich fortsetzt, möglicherweise nicht mehr zu seinem Vorkrisenkurs aufschließen kann. Das Ausmaß dieser Einbußen ist ungewiss, da Schätzungen des Produktionspotenzials inhärent unsicher sind, die kontrafaktische Situation nur schwer abzuschätzen ist und es schwierig ist, den Effekt der Krise von anderen Effekten, einschließlich des Effekts von Politikänderungen, zu trennen. Schätzungen der Auswirkungen der Krise werden aus einem Vergleich des Pro-Kopf-Produktionspotenzials im Basisszenario mit einem kontrafaktischen Szenario abgeleitet, in dem die Trenderwerbsquote und die strukturelle Arbeitslosenquote auf ihrem Vorkrisenniveau (2007) verharren, die Trenderbeitsproduktivität den Annahmen zufolge mit dem vor der Krise (2000-2007) durchschnittlich verzeichneten Tempo expandiert und die demografische Entwicklung gegenüber dem Basisszenario unverändert bleibt. Daraus ergibt sich eine Verringerung des aggregierten Produktionspotenzials des OECD-Raums um rd. 3¼% im Jahr 2014 (vgl. Abbildung).

(Fortsetzung nächste Seite)

(Fortsetzung)

Estimated effects of the crisis on the potential output of OECD countries

Percentage reduction in potential output per capita relative to a pre-crisis counter-factual scenario



Note: Estimated effects of the crisis are measured relative to a counter-factual scenario in which trend productivity continues at its pre-crisis (2000-07) trend growth rate; the structural unemployment and trend participation rates remain at their pre-crisis (2007) levels.

Source: OECD Economic Outlook 95 long-term database; and OECD calculations.

StatLink  <http://dx.doi.org/10.1787/888933050028>

Der geschätzte Effekt der Krise unterscheidet sich jedoch stark zwischen den einzelnen Ländern. Für das OECD-Medianland beträgt der geschätzte Effekt 2014 über 4%, was darauf zurückzuführen ist, dass kleinere Länder von der Krise in der Regel schwerer getroffen wurden als größere. Die Länder, die am stärksten durch die Krise beeinträchtigt wurden (unteres Quartil), werden bis 2016 ungefähr 11% ihres Produktionspotenzials einbüßen. In den am wenigsten beeinträchtigten Ländern (oberes Quartil) klingt der Effekt der Krise hingegen nach und nach ab.

Der geschätzte Effekt der Krise auf die einzelnen OECD-Länder ist heterogen und erklärt sich – vor allem im Fall der am stärksten betroffenen Länder – aus dem gesunkenen Produktivitätswachstum (vgl. zweite nachstehende Abbildung). Für die Tschechische Republik, Estland, Finnland, Griechenland, Ungarn, Island und Slowenien beläuft sich der geschätzte negative Effekt der Krise auf mehr als 10%, was hauptsächlich auf eine geringere Trendproduktivität zurückzuführen ist. Der stärkste Anstieg der strukturellen Arbeitslosigkeit wird in Spanien verzeichnet, dieser Effekt wird jedoch teilweise durch eine höhere Trendproduktivität ausgeglichen, die eine Folge der Verlagerung der Produktion weg vom Baugewerbe sein dürfte.

Für Israel, die Türkei, Deutschland und Australien fallen die Schätzungen des aktuellen Produktionspotenzials hingegen höher aus als im kontrafaktischen Szenario, was vor allem einer höheren Erwerbsbeteiligung bzw. einer geringeren strukturellen Arbeitslosigkeit zuzuschreiben ist, als unter den unmittelbar vor der Krise vorherrschenden Bedingungen zu erwarten gewesen wäre. Erklären könnte sich dies aus früheren Arbeitsmarktreformen (insbesondere in Deutschland) oder aus einer Fortsetzung gesellschaftlicher Trends bei der Erwerbsbeteiligung, die durch die Krise kaum beeinträchtigt wurden (insbesondere eine steigende Erwerbsbeteiligung der Frauen in der Türkei und in Israel). Daran zeigt sich, wie schwierig es ist, ein verlässliches kontrafaktisches Modell zu konstruieren.

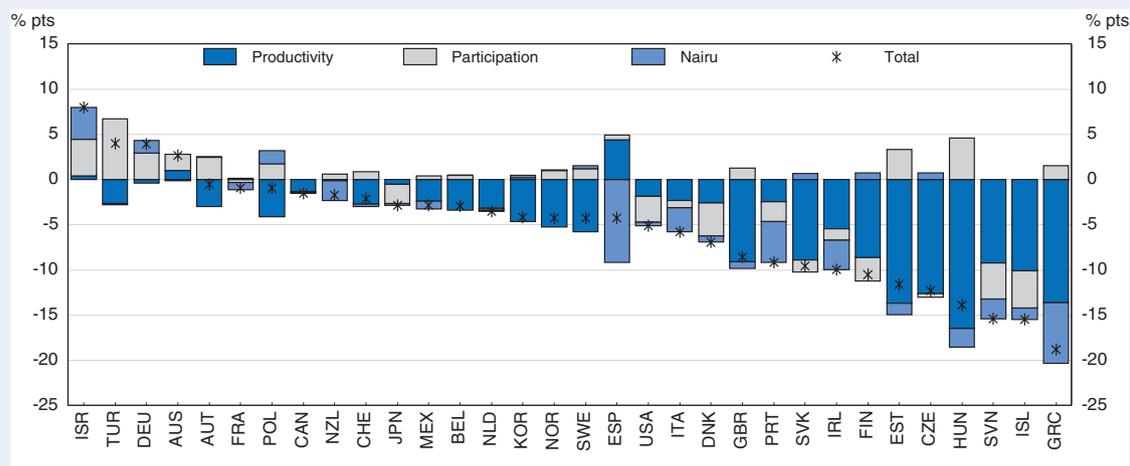
Der negative Effekt auf die Erwerbsbeteiligung ist den Schätzungen zufolge in Dänemark, Island, Japan, Slowenien und den Vereinigten Staaten am stärksten, wo er das Produktionspotenzial im Vergleich zur Zeit unmittelbar vor der Krise um 3-4% verringert haben könnte. Ein großer Teil dieses Rückgangs lässt sich jedoch u.U. durch demografische Trends erklären; bei einem Verharren der altersspezifischen Erwerbsbeteiligung auf ihrem Vorkrisenniveau würde der Demografieeffekt den Großteil (in Dänemark, Japan und den Vereinigten Staaten) bzw. über die Hälfte (in Island und Slowenien) des *Gesamtrückgangs* der Erwerbsbeteiligung erklären. Wird der negative Effekt auf die Erwerbsbeteiligung ausgeklammert, fällt der geschätzte Effekt der Krise auf das Produktionspotenzial im Jahr 2014 geringer aus: Er verringert sich von 5% auf 2½% für die Vereinigten Staaten, von 2¾% auf ¾% für Japan und von 3¾% auf 2¼% für den OECD-Raum insgesamt.

(Fortsetzung nächste Seite)

(Fortsetzung)

Estimated effects of the crisis on the potential output per capita of individual OECD countries

Difference in 2014



Source: OECD Economic Outlook 95 long-term database; and OECD calculations.

StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888933050047>

Rückgang des Wachstumspotenzials des OECD-Raums im Zeitraum 2008-2013 um rd. $\frac{1}{2}$ Prozentpunkt pro Jahr entspricht (Tabelle 4.1). Es gibt jedoch eine Reihe kleinerer OECD-Länder, für die Schätzungen darauf hindeuten, dass der Rückgang 10% übersteigt. Es wird davon ausgegangen, dass dieser Rückgang des Produktionspotenzials mittelfristig insoweit teilweise ausgeglichen wird, wie sich hysteresebedingte Erhöhungen der strukturellen Arbeitslosenquote zurückbilden und die strukturelle Arbeitslosenquote allmählich auf ihr Vorkrisenniveau zurückgeht.

Die verfolgte Politik spielt im Basisszenario eine wichtige Rolle

Die Struktur- und Fiskalpolitik spielt in den Projektionen eine bedeutende Rolle. Der Projektionsrahmen berücksichtigt die Auswirkungen der Arbeitsmarkt- und Rentenpolitik auf die Entwicklung der Arbeitslosigkeit und der Erwerbsbeteiligung, die Auswirkungen der Produktmarkt- und Handelsregulierung auf die Innovationstätigkeit und die Technologieverbreitung wie auch die Auswirkungen der Haushaltskonsolidierung in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften und einer großzügigeren Sozialpolitik in den aufstrebenden Volkswirtschaften auf die Ersparnisbildung, die globalen Ungleichgewichte, die Schuldenstände und die Kapitalakkumulation über Veränderungen der Kapitalkosten. In einem Zeithorizont, der sich über mehrere Jahrzehnte erstreckt, werden sich diese strukturellen und politischen Rahmenbedingungen voraussichtlich verändern, weshalb in das Basisszenario eine Reihe von Politikentwicklungen in mehreren Bereichen eingebaut sind, die als wahrscheinlich betrachtet werden (d.h. das Basisszenario geht bewusst nicht von einer Fortführung der derzeitigen Politik aus). Obwohl diese Politikänderungen bedeutend sind, gibt es noch erheblichen Spielraum für weitere Strukturreformen, um das Trendwachstum zu verbessern, wie dies in verschiedenen alternativen Szenarien untersucht wird (siehe weiter unten).

Die Ländervergleiche werden allerdings durch statistische Probleme verzerrt ...

In den folgenden Abschnitten werden BIP und Pro-Kopf-BIP zwischen den Ländern verglichen. Es ist jedoch darauf hinzuweisen, dass diese Vergleiche durch zwei statistische Probleme verzerrt werden: die lückenhafte Umstellung auf das neue System der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und die jüngsten Aktualisierungen der Kaufkraftparitäten (KKP).

... was auf Veränderungen in den volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ...

- In den Ländern, die das neue System der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (SNA 2008)⁴ bereits eingeführt haben (Australien, Kanada, Korea, Israel, Mexiko und die Vereinigten Staaten), fällt das nominale BIP um 2½-8% höher aus. Da diese Umstellung auch das historische reale BIP-Wachstum erhöht hat, wirkt sie sich darüber hinaus auf das projizierte künftige Wachstumspotenzial aus. Dadurch wird das Problem aufgeworfen, dass das aktuelle und das projizierte BIP in den Ländern, die die Umstellung bereits vollzogen haben, höher ausfällt als in den Ländern, in denen dies nicht der Fall ist⁵.

... sowie auf Revisionen der KKP zurückzuführen ist

- Die BIP-Vergleiche zwischen den Ländern basieren auf KKP anstelle von Marktwechselkursen. Anfang dieses Jahres wurde im Rahmen des Internationalen Vergleichsprogramms (IVP) eine wichtige Revision der KKP für die OECD-Länder (sowie Russland) veröffentlicht, in der das Referenzjahr von 2005 auf 2011 aktualisiert wurde und die in den hier aufgeführten Projektionen berücksichtigt ist; die Aktualisierung für die übrige Welt wurde aber erst vor kurzem veröffentlicht und wird hier deshalb noch nicht berücksichtigt. Die letztgenannte Aktualisierung, die Änderungen der Berechnungsmethoden umfasst, führt zu einer erheblichen Aufwärtsrevision der relativen Größe der aufstrebenden Marktwirtschaften. Die Revision der KKP für China hat insbesondere zur Folge, dass das BIP des Jahres 2011 dort um 18% höher ausfällt als angenommen, was bei einer entsprechenden Aktualisierung des BIP in den folgenden Jahren bedeutet, dass das BIP Chinas bereits dieses Jahr das der Vereinigten Staaten übersteigt – und nicht erst Anfang der 2020er Jahre, wie die in diesem Kapitel wiedergegebenen Projektionen vermuten lassen. Ähnliche Revisionen werden für die anderen BRIICS-Länder erwartet, was in einem Anstieg ihres kombinierten BIP in KKP von 2010 um 23% resultieren dürfte.

Veränderungen in der Zusammensetzung des globalen BIP

In den Nicht-OECD-Ländern wird das Wachstum voraussichtlich höher sein als im OECD-Raum, der Unterschied verringert sich jedoch

Das Wachstumspotenzial der Nicht-OECD-Länder insgesamt wird das Wachstumspotenzial des OECD-Raums den Projektionen zufolge weiter übersteigen, wenngleich der Unterschied allmählich zurückgeht (Tabelle 4.1, erste vier Spalten). Das Trendwachstum liegt in den Nicht-OECD-Ländern seit 2000 bei durchschnittlich rd. 7% pro Jahr, im Vergleich zu 2% pro Jahr im OECD-Raum (wobei seit der Krise allerdings ein deutlicher Rückgang festzustellen ist). Der Projektion zufolge geht das Wachstum in den Nicht-OECD-Ländern im Zeitraum 2014-2030 im Durchschnitt auf unter 5% pro Jahr und im Zeitraum 2031-2060 auf 3% pro Jahr zurück, während das Wachstum im OECD-Raum in den gleichen Zeiträumen im Durchschnitt bei knapp über bzw. knapp unter 2% pro Jahr liegen wird. Nur ein kleiner Teil dieser Veränderungen ist auf Veränderungen des Bevölkerungswachstums zurückzuführen. In den Nicht-OECD-Ländern geht das Bevölkerungswachstum von der in jüngster Zeit verzeichneten Rate von rd. 1% pro Jahr auf etwa null im Zeitraum 2031-2060

Table 4.1. **Growth in total economy potential output and its components**

Average annual percentage change

	Potential GDP				Potential GDP per capita (1) = (2) + (3)				Trend productivity (2)				Potential employment ratio (3)			
	2000- 2007	2008- 2013	2014- 2030	2031- 2060	2000- 2007	2008- 2013	2014- 2030	2031- 2060	2000- 2007	2008- 2013	2014- 2030	2031- 2060	2000- 2007	2008- 2013	2014- 2030	2031- 2060
Australia	3.2	3.1	3.2	2.4	1.8	1.5	2.0	1.6	1.1	1.2	2.0	1.5	0.7	0.3	0.0	0.1
Austria	2.1	1.7	1.9	1.6	1.7	1.4	1.6	1.6	1.2	0.7	1.7	1.6	0.5	0.7	-0.1	0.0
Belgium	1.8	1.2	2.0	2.0	1.4	0.4	1.4	1.6	0.9	0.4	1.6	1.6	0.5	0.0	-0.2	0.1
Canada	2.7	1.8	2.1	1.9	1.6	0.7	1.2	1.4	0.9	0.6	1.5	1.4	0.7	0.1	-0.3	0.0
Chile	3.8	4.5	4.4	2.2	2.7	3.5	3.7	2.1	1.6	2.0	3.0	1.9	1.1	1.5	0.7	0.2
Czech Republic	3.5	1.9	2.9	1.7	3.5	1.3	2.8	1.8	3.4	1.4	2.9	2.1	0.2	-0.1	-0.1	-0.2
Denmark	1.5	0.7	1.6	2.0	1.2	0.2	1.3	1.9	1.0	0.6	1.5	1.8	0.2	-0.4	-0.1	0.1
Estonia	5.1	2.0	2.8	1.8	5.4	2.0	3.1	2.1	4.4	2.1	3.1	2.2	1.0	0.0	0.0	-0.1
Finland	2.8	0.7	2.0	1.5	2.5	0.3	1.7	1.5	1.6	0.2	2.1	1.4	0.8	0.0	-0.4	0.1
France	1.8	1.2	2.2	1.5	1.1	0.7	1.8	1.4	0.9	0.9	1.9	1.3	0.2	-0.2	-0.1	0.1
Germany	1.3	1.2	1.1	1.1	1.2	1.4	1.3	1.6	0.9	0.8	1.6	1.6	0.3	0.6	-0.3	0.0
Greece	3.0	-0.9	2.2	1.3	2.6	-1.2	2.1	1.4	1.8	-0.4	2.0	1.6	0.8	-0.7	0.1	-0.2
Hungary	2.8	0.4	1.7	1.9	3.1	0.5	1.9	2.2	3.0	0.4	1.5	2.4	0.0	0.2	0.3	-0.3
Iceland	3.7	1.4	1.8	1.9	2.5	0.1	0.9	1.6	2.3	0.8	1.2	1.6	0.2	-0.7	-0.2	0.0
Ireland	5.4	1.7	2.3	1.4	3.5	0.8	1.4	0.7	2.3	1.6	1.1	0.6	1.2	-0.8	0.3	0.0
Israel	3.6	3.9	3.2	2.6	1.6	2.0	1.9	1.6	1.0	1.0	1.3	1.4	0.6	1.0	0.6	0.2
Italy	1.2	0.0	1.5	1.7	0.7	-0.6	1.2	1.7	0.2	-0.1	1.2	1.7	0.5	-0.5	0.0	0.0
Japan	0.7	0.5	1.1	1.2	0.5	0.5	1.4	1.8	0.9	0.8	1.5	1.9	-0.4	-0.2	-0.1	-0.1
Luxembourg	4.0	2.3	2.1	1.6	2.6	0.6	1.1	1.1	0.4	-0.7	0.8	1.2	2.2	1.3	0.3	-0.1
Mexico	2.5	2.4	2.9	3.2	1.2	1.2	2.0	2.9	0.6	0.2	0.9	2.4	0.6	1.0	1.0	0.5
Netherlands	2.0	1.1	2.1	1.8	1.5	0.6	1.8	1.9	0.9	0.4	1.9	1.8	0.6	0.2	-0.1	0.0
New Zealand	3.2	1.8	2.6	2.2	1.9	0.7	1.7	1.7	0.8	0.7	1.7	1.6	1.1	0.1	0.1	0.1
Norway	3.0	2.4	2.1	1.6	2.3	1.2	1.3	1.2	1.7	0.9	1.4	1.2	0.6	0.2	-0.1	0.0
Poland	4.1	3.4	2.2	0.9	4.2	3.3	2.3	1.3	3.6	3.0	2.8	1.7	0.6	0.3	-0.5	-0.4
Portugal	1.8	0.3	1.4	2.0	1.2	0.2	1.3	2.2	1.3	1.0	1.1	2.3	-0.1	-0.8	0.2	-0.1
Korea	4.6	3.7	2.9	1.6	4.1	3.1	2.6	1.8	3.2	2.5	2.4	1.9	0.8	0.5	0.2	-0.1
Slovak Republic	4.7	3.2	2.6	1.1	4.7	2.9	2.5	1.4	4.1	2.8	3.0	1.9	0.5	0.1	-0.5	-0.4
Slovenia ¹	3.3	0.9	1.8	1.8	3.1	0.3	1.6	1.9	2.6	1.1	2.0	2.1	0.5	-0.8	-0.4	-0.1
Spain	3.3	0.6	1.5	1.6	1.8	-0.2	1.1	1.4	0.5	1.2	0.6	1.6	1.3	-1.4	0.5	-0.2
Sweden	2.6	2.1	2.6	1.6	2.2	1.3	2.0	1.3	2.1	1.1	2.1	1.3	0.2	0.1	-0.1	0.0
Switzerland	1.8	1.9	2.1	1.7	1.2	0.7	1.5	1.5	0.9	0.4	1.7	1.6	0.3	0.3	-0.2	-0.1
Turkey	3.9	4.9	4.2	2.3	2.5	3.6	3.3	1.9	2.6	2.1	2.4	1.6	-0.1	1.4	0.8	0.3
United Kingdom	2.6	1.0	2.6	1.9	2.1	0.3	2.0	1.6	1.7	0.2	2.0	1.5	0.4	0.1	0.0	0.1
United States	2.6	2.0	2.4	1.7	1.7	1.1	1.6	1.2	1.8	1.5	1.9	1.1	-0.1	-0.4	-0.3	0.1
Euro area ¹	1.7	0.9	1.7	1.5	1.1	0.5	1.5	1.5	0.8	0.7	1.5	1.6	0.4	-0.2	-0.1	0.0
OECD ¹	2.2	1.7	2.2	1.8	1.5	1.0	1.7	1.6	1.3	1.0	1.7	1.5	0.2	0.0	0.0	0.1
Argentina	3.4	4.8	3.4	2.3	2.5	3.9	2.6	2.0	0.5	2.6	2.1	2.0	2.0	1.3	0.5	-0.1
Brazil	2.9	3.3	2.6	2.1	1.6	2.4	2.0	2.1	0.6	1.4	1.6	2.4	1.0	1.0	0.3	-0.4
China	10.2	9.2	5.0	2.4	9.5	8.5	4.7	2.8	8.9	8.6	5.1	3.2	0.5	-0.1	-0.4	-0.5
India	7.0	7.0	5.8	4.3	5.3	5.7	4.8	3.9	5.3	5.3	4.0	3.8	0.1	0.4	0.8	0.1
Indonesia	3.9	5.8	5.5	3.7	2.5	4.4	4.5	3.4	2.1	3.3	4.0	3.6	0.4	1.0	0.5	-0.2
Russia	5.3	3.4	2.7	1.4	5.6	3.5	3.1	1.9	4.5	3.8	3.7	2.1	1.1	-0.3	-0.6	-0.2
South Africa ¹	3.0	3.6	4.5	2.6	1.6	2.5	3.9	2.2	1.9	2.3	2.9	2.0	-0.3	0.1	1.0	0.2
Non-OECD ¹	7.1	7.0	4.8	2.9	6.0	6.0	4.1	2.9	5.7	5.9	4.1	3.1	0.3	0.1	0.1	-0.2

Note: Contributions to growth in trend productivity and the potential employment ratio are decomposed in Tables 4.2 and 4.3, respectively.

1. Starting year for potential output is 2001 for Slovenia, South Africa and non-OECD total; and 2002 for Estonia, the euro area and OECD total.

Source: OECD Economic Outlook 95 long-term database.

zurück, während sich das Bevölkerungswachstum im OECD-Raum von der in jüngster Zeit verzeichneten Rate von rd. ¼% pro Jahr auf ¼% pro Jahr im Zeitraum 2031-2060 verringert.

Das chinesische Wachstum dürfte sich verlangsamen und vom Wachstum in Indien und Indonesien überholt werden

Ein Rückgang der Trendrate des BIP-Wachstums ist zwar in allen Nicht-OECD-Ländern festzustellen, in China ist er jedoch am deutlichsten ausgeprägt: Die seit 2000 verzeichnete durchschnittliche jährliche Wachstumsrate von 9-10% dürfte sich im Zeitraum 2014-2030 in etwa halbieren und im Zeitraum 2031-2060 noch einmal um 50% zurückgehen. Indiens und Indonesiens Wachstumsrate wird die Chinas den Projektionen zufolge überholen; 2020 werden Indien und Indonesien die beiden am schnellsten wachsenden Volkswirtschaften sein und dies bis zum Ende des Projektionszeitraums im Jahr 2060 bleiben.

Es wird eine massive Verlagerung des globalen BIP in Richtung Nicht-OECD-Länder und Asien geben

Diese Wachstumsmuster haben eine massive Verlagerung der Zusammensetzung der globalen Produktion in Richtung der Nicht-OECD-Länder zur Folge. Auf der Grundlage von Vergleichen zu jeweiligen KKP (vgl. Kasten 4.4) machte das kombinierte BIP von China und Indien 2010 33% des BIP des OECD-Raums aus, bis 2060 wird es jedoch voraussichtlich auf 73% ansteigen (Abb. 4.1). Zudem wird die Verlagerung in Richtung der aufstrebenden Volkswirtschaften, wie bereits hervorgehoben wurde, durch die kürzlich erfolgten Revisionen der KKP (die hier nicht berücksichtigt werden) noch verstärkt. Zugleich wird sich der auf Asien entfallende Anteil des Welt-BIP erhöhen, was zu Lasten von Nordamerika und Europa gehen wird. Während der Anteil Asiens am globalen BIP zu Beginn des Jahrhunderts bei etwa einem Viertel lag, ist er inzwischen bereits auf über ein Drittel gestiegen und dürfte bis 2030 einen Wert von 40% erreichen, um sich in den 2050er Jahren bei rd. 45% zu stabilisieren. Dies spiegelt sich in der Rangfolge der fünf Länder wider, die am Ende des Projektionszeitraums das größte BIP aufweisen: China, Vereinigte Staaten, Indien, Japan und Indonesien.

Veränderung des Lebensstandards auf der Basis des Pro-Kopf-BIP

Das Pro-Kopf-BIP wird im OECD-Raum voraussichtlich wieder die in der Vorkrisenzeit verzeichneten Wachstumsraten erreichen

Die Projektionen bieten eine andere Perspektive, wenn das Wachstum des Pro-Kopf-BIP – ein Hilfsindikator für den Lebensstandard und ein Vergleichsmaßstab für die Beurteilung der Leistungsfähigkeit einer Volkswirtschaft – untersucht wird. Das Wachstum des Pro-Kopf-BIP wird sich im OECD-Raum insgesamt voraussichtlich von der seit der Krise festzustellenden Schwäche erholen und im Zeitraum bis 2060 etwas über der von 2000 bis 2007 verzeichneten Rate von 1½% pro Jahr liegen. In den Nicht-OECD-Ländern ist das Wachstum des Pro-Kopf-BIP, das scheinbar wenig von der Krise betroffen war, viel höher, wird den Projektionen zufolge jedoch bis 2030 auf 4% pro Jahr und im Zeitraum 2030-2060 auf 3% pro Jahr zurückgehen.

Das Wohlstandsgefälle wird zwischen den Ländern, aber nicht zwangsläufig innerhalb der Länder zurückgehen

Angesichts der bedingten Konvergenz, die der Modellierungsrahmen vorsieht, und einer gewissen Konvergenz der strukturpolitischen Weichenstellungen verringert sich das Wohlstandsgefälle zwischen den Ländern. So wird sich das Pro-Kopf-BIP im Zeitraum bis 2060 in den fünf reichsten Ländern zwar fast verdoppeln, in den fünf ärmsten Ländern allerdings um das Dreieinhalb- bis Siebenfache wachsen. Dem Rückgang des Wohlstandsgefälles zwischen den einzelnen Ländern könnte jedoch bei Ausbleiben geeigneter politischer Maßnahmen auf Grund des technologischen Wandels, der die Verdienste höher qualifizierter Arbeitskräfte steigen lässt, eine starke Zunahme der sozialen Ungleichheit innerhalb der Länder gegenüberstehen (OECD, 2014a).

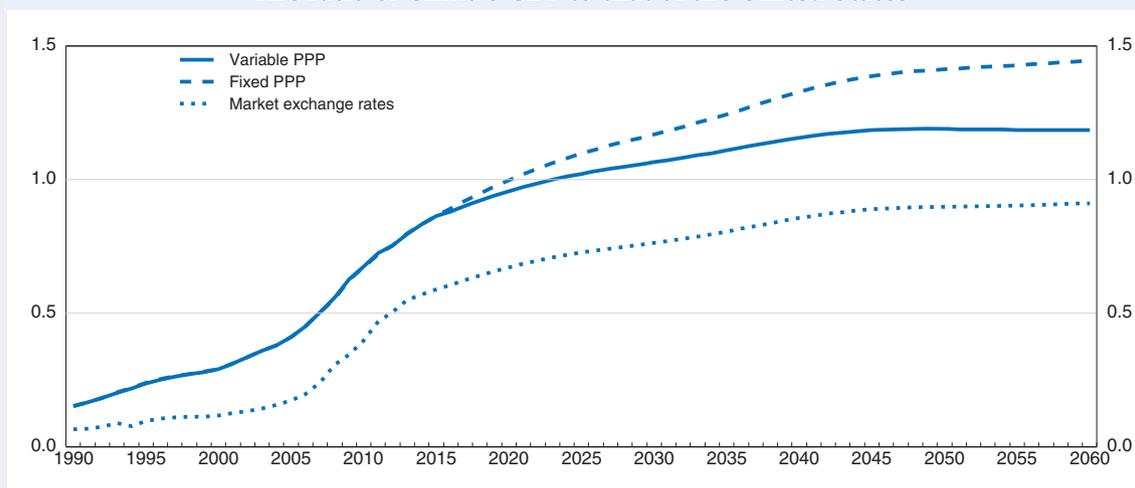
Kasten 4.4 Vergleich des BIP verschiedener Länder auf der Basis von Kaufkraftparitäten

Vergleiche des Einkommensniveaus von Ländern, die nicht dieselbe Währung haben, basieren normalerweise auf Kaufkraftparitäten (KKP) anstelle von Marktwechselkursen. KKP entsprechen Wechselkursen, die eine Kaufkraftäquivalenz wiedergeben (so dass mit einem Dollar in allen Ländern dieselbe Menge an Waren und Dienstleistungen gekauft werden kann). Ungeachtet der bevorstehenden umfassenden KKP-Revision für die Nicht-OECD-Länder, die zuvor erwähnt wurde (und die aus Änderungen der Berechnungsmethoden resultiert), verändern sich KKP im Zeitverlauf in der Regel nur langsam parallel zur Kaufkraft der Einkommen in den einzelnen Ländern und unterliegen geringeren Schwankungen als Marktwechselkurse. Da die Preise von im Inland produzierten Waren und Dienstleistungen, die keinem von Importen ausgehenden Wettbewerb ausgesetzt sind, in einem Land mit niedrigerem Einkommen in der Regel geringer sind, wird eine Einkommensmessgröße auf KKP-Basis die Einkommen in weniger fortgeschrittenen Volkswirtschaften normalerweise höher erscheinen lassen als eine auf Marktwechselkursen basierende Messgröße.

Aus dem Balassa-Samuelson-Effekt lässt sich schließen, dass die KKP bei zunehmender Einkommenskonvergenz gegen die Marktwechselkurse konvergieren, so dass die Unterschiede, die beim Vergleich von OECD- und Nicht-OECD-Volkswirtschaften bei Zugrundelegung von Marktwechselkursen und von jeweiligen KKP zu beobachten sind, mit der Zeit abnehmen. Der Balassa-Samuelson-Effekt entsteht, weil das Wachstum der Produktivität in den verschiedenen Sektoren unterschiedlich hoch ist, während die Löhne in der Tendenz weniger differenziert sind. Im Allgemeinen steigt die Produktivität im Exportsektor rascher als im Nicht-exportsektor. Insoweit das raschere Produktivitätswachstum im Exportsektor die Löhne in allen Sektoren in die Höhe treibt, werden die Preise für nichthandelbare Güter im Verhältnis zu denen für handelbare Güter steigen, was folglich zu einem Anstieg des Gesamtindex führt. Das Tempo, mit dem sich die KKP infolge der Konvergenz des Pro-Kopf-Einkommens verändern, wird aus den empirischen Ergebnissen von Frankel (2006) abgeleitet.

Da das Pro-Kopf-Einkommen in den Nicht-OECD-Ländern in der Regel niedriger ist als in den OECD-Ländern und nichthandelbare Waren und Dienstleistungen somit billiger sind, ergibt sich auf der Basis von jeweiligen KKP gewöhnlich eine höhere relative Größe der Nicht-OECD-Volkswirtschaften im Vergleich zu den OECD-Volkswirtschaften als auf der Basis von Marktwechselkursen. Dieser Effekt wurde schon seit langem bei internationalen Vergleichen anhand der *Penn World Tables* beobachtet und wurde als Penn-Effekt bekannt. Er ist im Zeitverlauf in Abbildung 4.1 dargestellt, wo sich die relativen Anteile am globalen BIP auf der Basis von jeweiligen KKP denen auf der Basis von Marktwechselkursen immer stärker annähern, je mehr die Pro-Kopf-Einkommen konvergieren. Die nachstehende Abbildung zeigt diese Entwicklung für das BIP Chinas im Verhältnis zu dem der Vereinigten Staaten auf der Basis verschiedener Wechselkursmessgrößen.

The ratio of China's GDP to that of the United States

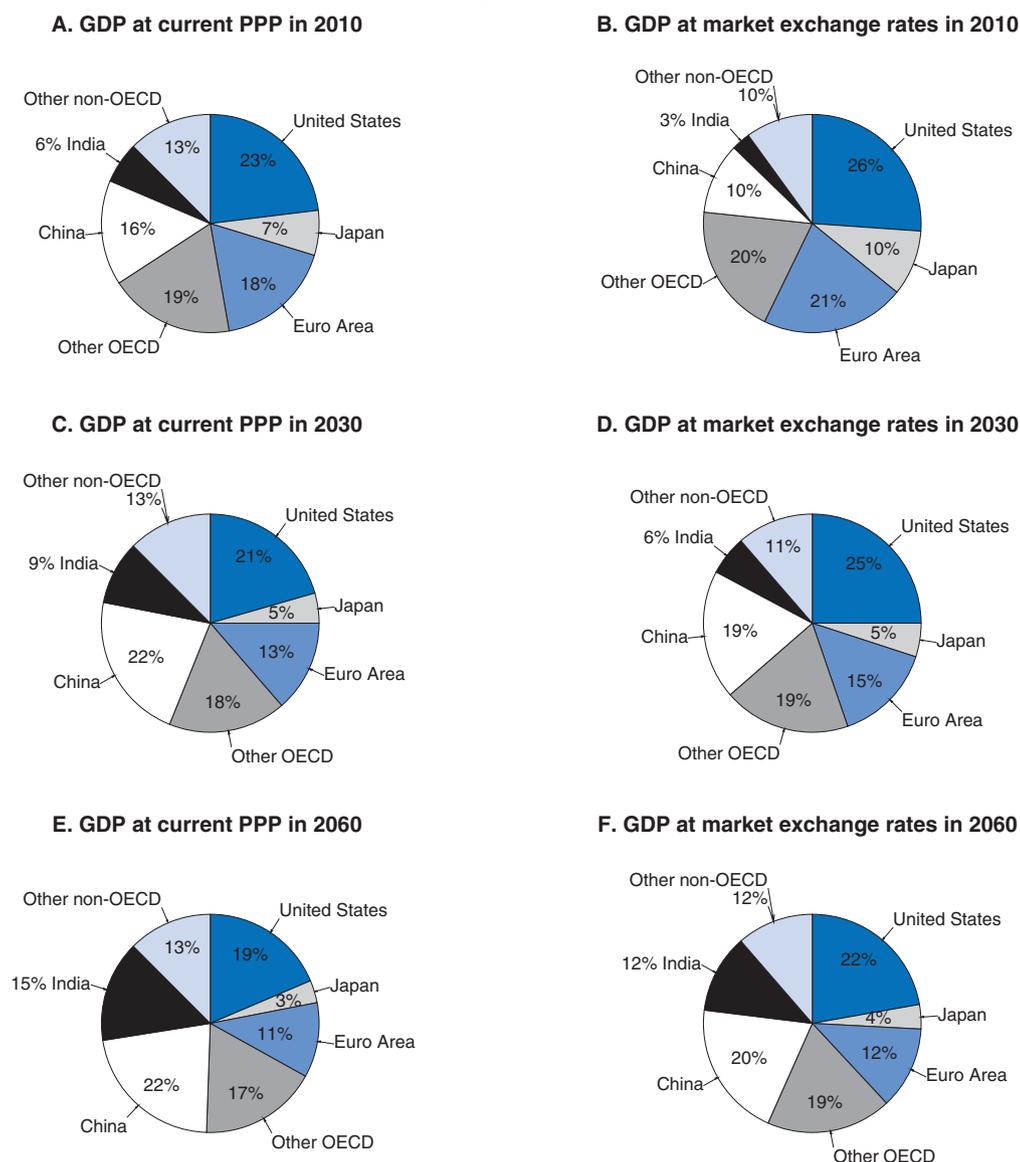


Source: OECD Economic Outlook 95 long-term database.

StatLink  <http://dx.doi.org/10.1787/888933050066>

Figure 4.1. **The changing composition of global GDP to 2060**

Percentage of world GDP



Note: World is here defined as the sum of OECD countries plus Argentina, Brazil, China, Indonesia, India, the Russian Federation, Saudi Arabia and South Africa.

Source: OECD Economic Outlook 95 long-term database.

StatLink  <http://dx.doi.org/10.1787/888933050085>

Länder mit ähnlicher Ausgangsposition können unterschiedliche Wachstumsraten verzeichnen

Obwohl der Modellierungsrahmen von einer bedingten Konvergenz ausgeht, ergeben die Projektionen selbst bei Ländern, die zu Beginn ein ähnliches Pro-Kopf-BIP aufweisen, manchmal unterschiedliche Wachstumsraten, was im Verlauf des Projektionsreitraums zu Veränderungen in der Rangfolge der Länder führt (Kasten 4.5). Diese Veränderungen sind am besten anhand der in Kasten 4.1 beschriebenen und in den Tabellen 4.1, 4.2 und 4.3 abgebildeten Zerlegung in die Komponenten Trendproduktivität und Arbeitseinsatz zu verstehen.

Kasten 4.5 **Veränderung der Länderrangfolge hinsichtlich des Pro-Kopf-BIP**

Dieser Kasten befasst sich mit den Ländern, die einen besonders starken Anstieg des Pro-Kopf-BIP verzeichnen, entweder in absoluter Rechnung oder in Bezug auf ihre relative Position in der Länderrangfolge. Die Ländervergleiche des BIP und des Pro-Kopf-BIP basieren auf jeweiligen Kaufkraftparitäten (KKP). Die Verwendung von jeweiligen KKP anstelle von konstanten KKP hat zur Folge, dass das BIP von Niedrigeinkommensländern wie Indien und China im Verlauf des Projektionszeitraums im Vergleich zu dem von Hoheinkommensländern wie den Vereinigten Staaten etwas weniger ansteigt. Bei der Interpretation der Rangfolge sollten die begrenzte Zahl der erfassten Länder sowie statistische Fragen in Bezug auf die kürzlich erfolgten Revisionen der KKP und der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen einiger Länder (wie bereits im Haupttext dargelegt) berücksichtigt werden. Das bedeutet für die in diesem Kasten aufgeführte Tabelle, dass das historische Pro-Kopf-BIP in den BRIIC durch die kürzlich erfolgten KKP-Revisionen im Vergleich zu dem der Vereinigten Staaten um durchschnittlich 5 Prozentpunkte höher ausfallen würde.

Angesichts des zu Grunde gelegten Konzepts bedingter Konvergenz sind die absoluten Zuwächse in den Ländern größer, die anfangs das niedrigste Pro-Kopf-BIP aufweisen. Der durchschnittliche Anstieg des Pro-Kopf-BIP im Vergleich zu den Vereinigten Staaten im Zeitraum bis 2060 beträgt deshalb für die Länder, die derzeit zu den obersten zehn gehören, weniger als 1 Prozentpunkt, während er sich für die Länder, die derzeit zu den untersten zehn gehören, durchschnittlich auf 15 Prozentpunkte beläuft (vgl. Tabelle im Kasten). Die unterstellte bedingte Konvergenz hat allerdings auch zur Folge, dass die Veränderungen der Länderrangfolge wahrscheinlich unterzeichnet werden, was sich daran zeigt, dass die Veränderungen der Rangfolge im Zeitraum 1995-2012 in absoluter Rechnung durchschnittlich rd. 50% größer sind als in den Projektionszeiträumen 2012-2030 und 2030-2060. Das heißt mit anderen Worten, dass das Modell nicht geeignet ist, eine Wiederholung vergangener Episoden wie Japans „verlorenem Jahrzehnt“, des Effekts der Finanzkrise auf Island oder des Aufstiegs Irlands zum „keltischen Tiger“ vorherzusagen.

Den Projektionen zufolge kann der Aufholprozess jedoch in Ländern, die anfangs ein vergleichbares Pro-Kopf-BIP aufweisen, aus verschiedenen Gründen unterschiedlich stark ausfallen – was zu einer Veränderung der Rangfolge führt. Zu diesen Gründen gehören die Dynamik, die sich aus dem ursprünglichen Wachstum der Arbeitseffizienz ergibt, sowie die Tatsache, dass Veränderungen des Pro-Kopf-BIP auch durch Veränderungen der Beschäftigungsquote, der Kapitalintensität oder des Humankapitals verursacht werden können. Die Unterschiede in den Projektionen der Beschäftigungsquote werden wiederum durch die demografische Entwicklung sowie durch Annahmen über die Arbeitsmarktpolitik, einschließlich der Rentenpolitik, beeinflusst.

Korea gehört auf Grund der Dynamik des in letzter Zeit verzeichneten raschen Anstiegs der Arbeitseffizienz, der auch mittelfristig anhält, und wegen des großen Beitrags des Humankapitals zu den Ländern, die im Zeitraum 2012-2030 in der Rangfolge des Pro-Kopf-BIP am stärksten nach oben rücken. (Korea gehört darüber hinaus zu den Ländern, deren BIP-Werte durch den kürzlich erfolgten Übergang zu SNA 2008 am meisten nach oben revidiert wurden; das BIP wurde um rd. 8% erhöht, die Schätzungen des Potenzialwachstums der jüngsten Vergangenheit um rd. ¼ Prozentpunkt pro Jahr.) China holt beim Pro-Kopf-BIP gegenüber den Vereinigten Staaten am meisten auf, was auf die Dynamik zurückzuführen ist, die sich aus dem historisch raschen Wachstum der Arbeitseffizienz und einem weiteren Anstieg der Kapitalintensität ergibt. Das Wachstum der Arbeitseffizienz wird in China den Projektionen zufolge bis 2030 zwar im Vergleich zur durchschnittlichen Wachstumsrate der letzten zehn Jahre zurückgehen, aber immer noch höher als in allen anderen Ländern und etwa dreimal so hoch sein wie die durchschnittliche Rate, mit der sich die Technologiegrenze verschiebt.

Zu den Ländern, die im Zeitraum 2012-2030 in der Rangfolge des Pro-Kopf-BIP am meisten zurückfallen, gehören Italien, Portugal und Slowenien. Zurückzuführen ist dies auf den Trägheitseffekt, der sich aus einer längeren Periode historisch niedrigen Arbeitseffizienzwachstums ergibt, was im Fall von Portugal und Slowenien durch einen auf höhere Kapitalkosten während der Eurokrise zurückzuführenden Rückgang der Kapitalintensität noch verschärft wird.

Zu den Ländern, die im Zeitraum 2030-2060 in der Rangfolge des Pro-Kopf-BIP am meisten aufsteigen, gehören Chile, Portugal und Slowenien. Zurückzuführen ist dies größtenteils auf ein schnelleres Wachstum der Arbeitseffizienz (das im Fall von Portugal durch einen stärkeren Aufholprozess beim Humankapital angekurbelt wird) und auf eine gegenüber vergleichbaren Ländern günstigere Entwicklung der Beschäftigungsquote (bedingt durch eine geringere Alterung). Zu den Ländern, die im Zeitraum 2030-2060 in der Rangfolge hinsichtlich des Pro-Kopf-BIP am meisten zurückfallen, gehören dagegen Griechenland und die Slowakische Republik

(Fortsetzung nächste Seite)

(Fortsetzung)

(hauptsächlich wegen einer ungünstigen Bevölkerungsentwicklung) sowie Irland (wo die Arbeitseffizienz im Vergleich zu den meisten anderen Ländern anfangs sehr hoch war).

Ranking position of GDP per capita in PPP

as % of the United States (ranking in brackets)



Source: OECD Economic Outlook 95 long-term database.

StatLink  <http://dx.doi.org/10.1787/888933051814>

Table 4.2. **Growth in trend productivity and its components**

Average annual percentage change

	Trend productivity (1) = (2) + (3) + (4)				Trend labour efficiency (2)				Human capital (3)				Capital output ratio ¹ (4)			
	2000- 2007	2008- 2013	2014- 2030	2031- 2060	2000- 2007	2008- 2013	2014- 2030	2031- 2060	2000- 2007	2008- 2013	2014- 2030	2031- 2060	2000- 2007	2008- 2013	2014- 2030	2031- 2060
Australia	1.1	1.2	2.0	1.5	1.0	0.0	1.4	1.4	0.2	0.3	0.3	0.2	-0.1	1.0	0.3	0.0
Austria	1.2	0.7	1.7	1.6	1.0	0.8	1.5	1.5	0.3	0.2	0.2	0.2	-0.2	-0.3	0.0	-0.1
Belgium	0.9	0.4	1.6	1.6	0.1	-0.4	1.1	1.4	0.7	0.5	0.4	0.2	0.1	0.3	0.1	-0.1
Canada	0.9	0.6	1.5	1.4	0.2	-0.3	1.0	1.3	0.3	0.2	0.1	0.1	0.4	0.8	0.4	-0.1
Chile	1.6	2.0	3.0	1.9	-0.8	-0.7	1.8	1.7	0.8	0.7	0.6	0.3	1.6	2.1	0.6	-0.2
Czech Republic	3.4	1.4	2.9	2.1	2.9	0.4	2.6	1.9	0.7	0.4	0.3	0.2	-0.3	0.6	0.0	-0.1
Denmark	1.0	0.6	1.5	1.8	0.2	-0.1	1.0	1.7	0.3	0.2	0.2	0.2	0.5	0.5	0.1	-0.1
Estonia ²	4.4	2.1	3.1	2.2	2.1	0.9	3.2	2.0	0.3	-0.1	-0.1	0.2	2.0	1.3	-0.2	0.0
Finland	1.6	0.2	2.1	1.4	1.5	-0.6	1.9	1.4	0.6	0.4	0.2	0.2	-0.5	0.5	0.0	-0.1
France	0.9	0.9	1.9	1.3	0.1	0.0	1.2	1.2	0.7	0.7	0.5	0.2	0.1	0.2	0.1	-0.1
Germany	0.9	0.8	1.6	1.6	1.0	1.0	1.5	1.5	0.1	0.0	0.0	0.2	-0.2	-0.3	0.1	-0.1
Greece	1.8	-0.4	2.0	1.6	0.1	-1.8	1.8	1.3	1.0	0.7	0.5	0.3	0.6	0.7	0.0	-0.1
Hungary	3.0	0.4	1.5	2.4	1.9	-1.1	1.5	2.1	0.6	0.4	0.3	0.3	0.5	1.1	-0.2	0.0
Iceland	2.3	0.8	1.2	1.6	0.5	0.2	0.8	1.4	0.7	0.7	0.6	0.3	1.1	-0.1	0.1	-0.1
Ireland	2.3	1.6	1.1	0.6	1.4	0.4	0.8	0.6	0.7	0.6	0.4	0.2	0.1	0.6	0.0	0.0
Israel	1.0	1.0	1.3	1.4	0.4	0.6	0.9	1.2	0.3	0.0	0.0	0.2	0.3	0.4	0.3	-0.1
Italy	0.2	-0.1	1.2	1.7	-1.1	-1.0	0.7	1.5	0.9	0.6	0.4	0.4	0.5	0.4	0.1	-0.2
Japan	0.9	0.8	1.5	1.9	0.2	0.5	1.2	1.7	0.6	0.5	0.3	0.1	0.2	-0.2	0.0	0.0
Luxembourg	0.4	-0.7	0.8	1.2	-0.4	-1.2	0.4	0.9	0.3	0.3	0.3	0.4	0.5	0.2	-0.1	-0.1
Mexico	0.6	0.2	0.9	2.4	-1.4	-1.4	0.7	1.9	1.0	0.7	0.6	0.5	1.1	0.9	-0.5	0.0
Netherlands	0.9	0.4	1.9	1.8	0.9	0.0	1.6	1.6	0.4	0.3	0.3	0.2	-0.3	0.1	0.0	-0.1
New Zealand	0.8	0.7	1.7	1.6	0.2	-0.1	1.1	1.4	0.5	0.3	0.3	0.2	0.0	0.4	0.2	-0.1
Norway	1.7	0.9	1.4	1.2	1.4	0.2	1.1	1.1	0.2	0.3	0.2	0.2	0.1	0.5	0.1	0.0
Poland	3.6	3.0	2.8	1.7	3.5	2.5	2.5	1.4	0.3	0.2	0.2	0.4	-0.1	0.3	0.1	-0.1
Portugal	1.3	1.0	1.1	2.3	-1.2	-0.9	0.9	1.7	1.0	0.8	0.8	0.6	1.6	1.2	-0.5	-0.1
Korea	3.2	2.5	2.4	1.9	1.6	1.5	1.7	1.8	1.0	0.7	0.5	0.1	1.2	0.6	0.4	-0.1
Slovak Republic	4.1	2.8	3.0	1.9	4.5	2.5	2.7	1.5	0.3	0.2	0.2	0.4	-0.6	0.1	-0.1	-0.1
Slovenia ²	2.6	1.1	2.0	2.1	1.4	-0.1	2.0	1.5	0.4	0.4	0.4	0.5	0.7	0.9	-0.3	0.0
Spain	0.5	1.2	0.6	1.6	-1.2	-0.8	0.4	1.3	1.0	0.7	0.5	0.3	0.8	1.3	-0.4	0.0
Sweden	2.1	1.1	2.1	1.3	2.2	0.8	1.8	1.1	0.2	0.3	0.2	0.2	-0.3	0.0	0.1	-0.1
Switzerland	0.9	0.4	1.7	1.6	0.8	0.4	1.4	1.5	0.2	0.2	0.2	0.2	-0.1	-0.3	0.1	-0.1
Turkey	2.6	2.1	2.4	1.6	1.7	1.1	1.4	1.1	1.1	0.9	0.8	0.6	-0.2	0.1	0.1	-0.1
United Kingdom	1.7	0.2	2.0	1.5	0.8	-1.0	1.5	1.3	0.4	0.3	0.3	0.2	0.5	0.9	0.3	-0.1
United States	1.8	1.5	1.9	1.1	1.8	1.6	1.6	1.0	0.1	0.1	0.1	0.2	-0.1	-0.2	0.2	0.0
Euro area ²	0.8	0.7	1.5	1.6	0.0	-0.1	1.2	1.4	0.5	0.4	0.3	0.3	0.2	0.3	0.0	-0.1
OECD ²	1.4	1.1	1.8	1.5	0.9	0.7	1.4	1.3	0.4	0.3	0.3	0.2	0.2	0.2	0.1	-0.1
Argentina	0.5	2.6	2.1	2.0	1.2	2.0	1.3	1.6	0.7	0.6	0.5	0.5	-1.4	-0.1	0.1	-0.1
Brazil	0.6	1.4	1.6	2.4	0.0	0.0	0.6	2.1	1.0	0.9	0.7	0.4	-0.4	0.5	0.3	-0.1
China	8.9	8.6	5.1	3.2	8.1	6.8	3.7	2.6	0.8	0.8	0.7	0.6	-0.1	0.9	0.7	0.0
India	5.3	5.3	4.0	3.8	4.4	3.0	2.4	2.8	0.6	0.8	1.0	1.0	0.2	1.5	0.5	0.0
Indonesia	2.1	3.3	4.0	3.6	1.7	3.0	3.5	3.1	0.8	0.4	0.5	0.6	-0.4	-0.1	0.1	-0.1
Russia	4.5	3.8	3.7	2.1	4.6	2.1	3.0	1.7	0.2	0.0	0.1	0.5	-0.3	1.7	0.6	-0.1
South Africa ²	1.9	2.3	2.9	2.0	1.6	1.5	1.9	1.4	0.8	0.7	0.8	0.6	-0.5	0.1	0.1	0.0
Non-OECD ²	5.5	6.1	4.3	3.2	4.9	4.3	3.0	2.5	0.7	0.7	0.7	0.7	-0.2	1.0	0.5	0.0

1. Computed as the annual average growth divided by 2.

2. Starting year is 2001 for Slovenia, South Africa and non-OECD total; and 2002 for Estonia, the euro area and OECD total.

Source: OECD Economic Outlook 95 long-term database.

Table 4.3. **Growth in the employment ratio and its components**

Average annual percentage change

	Potential employment ratio (1) = (2) + (3) + (4)				Participation rate ¹ (2)				Active population ratio ² (3)				NAIRU ³ (4)			
	2000- 2007	2008- 2013	2014- 2030	2031- 2060	2000- 2007	2008- 2013	2014- 2030	2031- 2060	2000- 2007	2008- 2013	2014- 2030	2031- 2060	2000- 2007	2008- 2013	2014- 2030	2031- 2060
Australia	0.7	0.3	0.0	0.1	0.3	0.3	0.2	0.2	0.1	0.0	-0.2	-0.1	0.2	0.0	0.0	0.0
Austria	0.5	0.7	-0.1	0.0	0.3	0.4	0.1	0.2	0.1	0.2	-0.2	-0.2	0.1	0.1	0.0	0.0
Belgium	0.5	0.0	-0.2	0.1	0.6	0.1	0.0	0.2	-0.1	-0.1	-0.1	-0.2	0.0	0.0	0.0	0.0
Canada	0.7	0.1	-0.3	0.0	0.3	0.1	0.0	0.2	0.2	0.1	-0.3	-0.2	0.1	0.0	0.0	0.0
Chile	1.1	1.5	0.7	0.2	0.5	1.0	0.7	0.4	0.7	0.5	0.0	-0.2	-0.1	0.0	0.0	0.0
Czech Republic	0.2	-0.1	-0.1	-0.2	0.0	-0.1	0.2	0.1	0.2	-0.1	-0.3	-0.3	0.0	0.2	0.0	0.0
Denmark	0.2	-0.4	-0.1	0.1	0.0	-0.6	0.1	0.2	-0.1	0.2	-0.3	-0.1	0.2	0.0	0.1	0.0
Estonia ⁴	1.0	0.0	0.0	-0.1	0.7	0.9	0.1	0.1	0.3	-0.4	-0.2	-0.3	0.0	-0.4	0.0	0.0
Finland	0.8	0.0	-0.4	0.1	0.3	-0.3	0.0	0.2	0.0	0.0	-0.4	-0.1	0.6	0.3	0.0	0.0
France	0.2	-0.2	-0.1	0.1	0.2	0.2	0.0	0.2	-0.1	-0.2	-0.2	-0.1	0.1	-0.2	0.0	0.0
Germany	0.3	0.6	-0.3	0.0	0.3	0.8	0.0	0.2	0.1	-0.2	-0.2	-0.3	-0.1	-0.1	0.0	0.0
Greece	0.8	-0.7	0.1	-0.2	0.7	0.4	-0.1	0.1	-0.1	-0.4	0.0	-0.4	0.1	-0.7	0.2	0.1
Hungary	0.0	0.2	0.3	-0.3	0.5	0.8	0.5	0.0	0.1	0.0	-0.2	-0.3	-0.5	-0.6	0.0	0.0
Iceland	0.2	-0.7	-0.2	0.0	0.1	-0.6	-0.2	0.1	0.2	0.2	-0.1	-0.2	-0.1	-0.2	0.1	0.0
Ireland	1.2	-0.8	0.3	0.0	0.6	0.3	0.1	0.2	0.3	-0.5	0.0	-0.2	0.2	-0.6	0.2	0.0
Israel	0.6	1.0	0.6	0.2	0.6	0.6	0.4	0.2	0.0	-0.1	0.2	0.0	0.0	0.5	0.0	0.0
Italy	0.5	-0.5	0.0	0.0	0.2	0.1	0.0	0.3	-0.3	-0.2	-0.1	-0.3	0.5	-0.4	0.1	0.0
Japan	-0.4	-0.2	-0.1	-0.1	0.0	0.2	0.4	0.2	-0.3	-0.4	-0.5	-0.3	-0.1	0.0	0.0	0.0
Luxembourg	2.2	1.3	0.3	-0.1	0.8	0.8	0.3	0.1	0.0	0.2	-0.1	-0.3	1.5	0.3	0.0	0.0
Mexico	0.6	1.0	1.0	0.5	0.0	0.0	0.5	0.6	0.5	0.6	0.4	-0.1	0.1	0.3	0.1	0.0
Netherlands	0.6	0.2	-0.1	0.0	0.5	0.1	0.2	0.2	0.0	0.1	-0.3	-0.2	0.2	0.0	0.0	0.0
New Zealand	1.1	0.1	0.1	0.1	0.4	0.2	0.1	0.2	0.2	0.1	-0.1	-0.1	0.5	-0.2	0.1	0.0
Norway	0.6	0.2	-0.1	0.0	0.3	-0.1	0.0	0.1	0.1	0.3	-0.2	-0.1	0.2	0.1	0.0	0.0
Poland	0.6	0.3	-0.5	-0.4	-0.2	0.4	-0.2	0.0	0.5	0.0	-0.2	-0.4	0.3	-0.1	-0.1	0.0
Portugal	-0.1	-0.8	0.2	-0.1	0.3	0.0	0.0	0.3	-0.1	-0.2	0.0	-0.4	-0.3	-0.6	0.2	0.0
Korea	0.8	0.5	0.2	-0.1	0.3	0.2	0.4	0.5	0.4	0.3	-0.3	-0.6	0.1	0.0	0.0	0.0
Slovak Republic	0.5	0.1	-0.5	-0.4	0.0	-0.1	-0.3	-0.1	0.6	0.1	-0.2	-0.4	-0.1	0.1	0.0	0.0
Slovenia ⁴	0.5	-0.8	-0.4	-0.1	0.6	-0.3	-0.3	0.2	0.1	-0.3	-0.2	-0.4	-0.1	-0.2	0.1	0.0
Spain	1.3	-1.4	0.5	-0.2	1.7	0.5	-0.1	0.2	-0.1	-0.3	0.0	-0.4	-0.3	-1.5	0.5	0.1
Sweden	0.2	0.1	-0.1	0.0	0.0	0.0	0.2	0.1	0.3	0.1	-0.3	-0.1	-0.1	0.0	0.0	0.0
Switzerland	0.3	0.3	-0.2	-0.1	0.1	0.0	0.0	0.2	0.2	0.1	-0.2	-0.3	0.0	0.1	0.0	0.0
Turkey	-0.1	1.4	0.8	0.3	-0.4	1.0	0.5	0.5	0.5	0.4	0.3	-0.2	-0.1	0.0	0.0	0.0
United Kingdom	0.4	0.1	0.0	0.1	0.1	0.3	0.2	0.2	0.2	0.0	-0.2	-0.1	0.1	-0.2	0.1	0.0
United States	-0.1	-0.4	-0.3	0.1	0.0	-0.4	-0.1	0.2	0.2	0.1	-0.2	-0.1	-0.3	-0.2	0.0	0.0
Euro area ⁴	0.5	-0.2	-0.1	0.0	0.5	0.3	0.0	0.2	-0.1	-0.2	-0.1	-0.3	0.0	-0.4	0.1	0.0
OECD ⁴	0.2	0.0	0.0	0.1	0.1	0.1	0.1	0.3	0.1	0.0	-0.1	-0.2	0.0	-0.1	0.0	0.0
Argentina	2.0	1.3	0.5	-0.1	0.3	0.3	0.1	-0.1
Brazil	1.0	1.0	0.3	-0.4	0.5	0.5	0.2	-0.2
China	0.5	-0.1	-0.4	-0.5	1.1	0.2	0.0	-0.2
India	0.1	0.4	0.8	0.1	0.6	0.5	0.4	0.1
Indonesia	0.4	1.0	0.5	-0.2	0.2	0.2	0.5	0.0
Russia	1.1	-0.3	-0.6	-0.2	0.5	-0.4	-0.1	-0.2
South Africa ⁴	-0.3	0.1	1.0	0.2	0.4	0.1	0.3	0.1
Non-OECD ⁴	0.3	0.1	0.1	-0.2	0.7	0.3	0.2	-0.1

1. Participation rate of people age between 15 and 74.

2. Active population ratio is the population age between 15 and 74 divided by the total population.

3. Includes any divergence between labour force survey and national account measures of employment.

4. Starting year is 2001 for Slovenia, South Africa and non-OECD total; and 2002 for Estonia, the euro area and OECD total.

Source: OECD Economic Outlook 95 long-term database.

Das Wachstum des Pro-Kopf-BIP erklärt sich größtenteils aus der Trendproduktivität

Den wichtigsten Beitrag zum Wachstum des Pro-Kopf-BIP leistet in allen Ländern das Wachstum der Trendproduktivität (Tabelle 4.2), das seinerseits hauptsächlich auf den technischen Fortschritt, der im Modellierungsrahmen als „Arbeitseffizienz“ gemessen wird, zurückzuführen ist (vgl. Kasten 4.1). Im OECD-Raum insgesamt wird die Arbeitseffizienz in den Zeiträumen bis 2030 und 2030-2060 um 1,4% bzw. 1,3% pro Jahr expandieren, d.h. etwas über bzw. nahe an der Rate, mit der sich die Technologiegrenze den Annahmen zufolge verschiebt. In den meisten Nicht-OECD-Ländern und einigen OECD-Ländern (Chile, Tschechische Republik, Estland, Korea, Polen und Slowakische Republik) ist jedoch mit einem stärkeren Wachstum der trendmäßigen Arbeitseffizienz zu rechnen, was sich aus der Kombination hoher historischer Wachstumsraten und der nach wie vor großen Distanz zur Technologiegrenze erklärt (in allen diesen Ländern liegt das Pro-Kopf-BIP derzeit unter dem OECD-Medianwert). Im Gegensatz dazu wird für einige andere OECD-Länder – darunter Irland, Italien, Luxemburg, Mexiko, Portugal und Spanien – ein deutlich niedrigeres Wachstum der trendmäßigen Arbeitseffizienz projiziert, was auf den Trägheitseffekt des historisch schwachen Wachstums zurückzuführen ist, das größtenteils nicht auf die Nachkrisenzeit begrenzt ist.

In den Nicht-OECD-Ländern ist das Wachstum der Trendproduktivität höher, es verlangsamt sich jedoch

Zwischen den Nicht-OECD-Ländern sind beim Wachstum der Arbeitseffizienz wesentlich größere Unterschiede festzustellen. In China ist damit zu rechnen, dass sich das Wachstum der Arbeitseffizienz bis 2030 im Vergleich zu der seit 2000 verzeichneten beeindruckenden jährlichen Wachstumsrate von 7-8% halbieren wird, womit es aber immer noch höher als in allen anderen Ländern und dreimal so hoch sein wird wie die Rate, mit der sich die Technologiegrenze verschiebt. In Indonesien und Indien wird sich das Wachstum der Arbeitseffizienz voraussichtlich weniger verändern und im Verlauf des gesamten Projektionszeitraums bis 2060 mehr als doppelt so hoch sein wie die Rate, mit der sich die technologische Grenze verschiebt. Im Vergleich dazu sind die Wachstumsraten der Arbeitseffizienz in anderen Nicht-OECD-Ländern weniger beeindruckend – selbst wenn sie sich erhöhen und letztendlich über der Rate liegen, mit der sich die Technologiegrenze verschiebt –, was eine Folge ihrer historisch schwächeren Leistung ist.

Veränderungen der Kapitalintensität haben außer in einigen wenigen Ländern geringe Auswirkungen auf das Wachstum

Der zusätzliche Beitrag von Veränderungen der (Sach-)Kapitalintensität zum Wachstum der Trendproduktivität ist in den meisten Ländern relativ gering. In einigen der von der Krise am meisten betroffenen Ländern des Euro-raums (Estland, Irland, Griechenland, Portugal, Slowenien und Spanien) wird das Wachstumspotenzial im Zeitraum bis 2030 jedoch durch den projizierten Rückgang der Kapitalintensität um 0,1-0,5 Prozentpunkte pro Jahr reduziert. Im Gegensatz dazu trägt die steigende Kapitalintensität (unter der Voraussetzung, dass sich die jüngsten Trends in gewissem Umfang fortsetzen) in Australien, Brasilien, Kanada, Chile, China, Indien und Russland bis 2030 pro Jahr mit 0,3-0,7 Prozentpunkten zu einem stärkeren Produktivitätswachstum bei. Nach 2030 wird die Kapitalintensität in allen Ländern durch die weltweit steigenden Zinsen (die weiter unten erläutert werden) reduziert, was in der Tendenz mit einer Verringerung des jährlichen Wachstums der Trendproduktivität um 0,1 Prozentpunkt einhergeht.

Das Humankapital leistet in den Nicht-OECD-Ländern einen größeren Wachstumsbeitrag

In den OECD-Ländern ist der Beitrag des Humankapitals zum Wachstum der Trendproduktivität mit rd. 0,2-0,4 Prozentpunkten pro Jahr im Allgemeinen stabil, wenngleich in einigen Ländern (insbesondere Griechenland, Portugal, Korea, Spanien und die Türkei) eine ausgeprägte Verlangsamung zu verzeichnen ist, entweder aus demografischen Gründen (Verringerung der jüngeren Kohorten) oder weil sich die Länder der Bildungsgrenze annähern. In den meisten Nicht-OECD-Ländern leistet das Humankapital einen deutlich größeren Beitrag zum Produktivitätswachstum, da das Aufholpotenzial im Bildungsbereich in diesen Ländern in der Regel größer und die Bevölkerung jünger ist. In Brasilien, China, Indien und Südafrika liegt der Beitrag des Humankapitals im gesamten Projektionszeitraum zwischen $\frac{3}{4}$ und 1 Prozentpunkt pro Jahr.

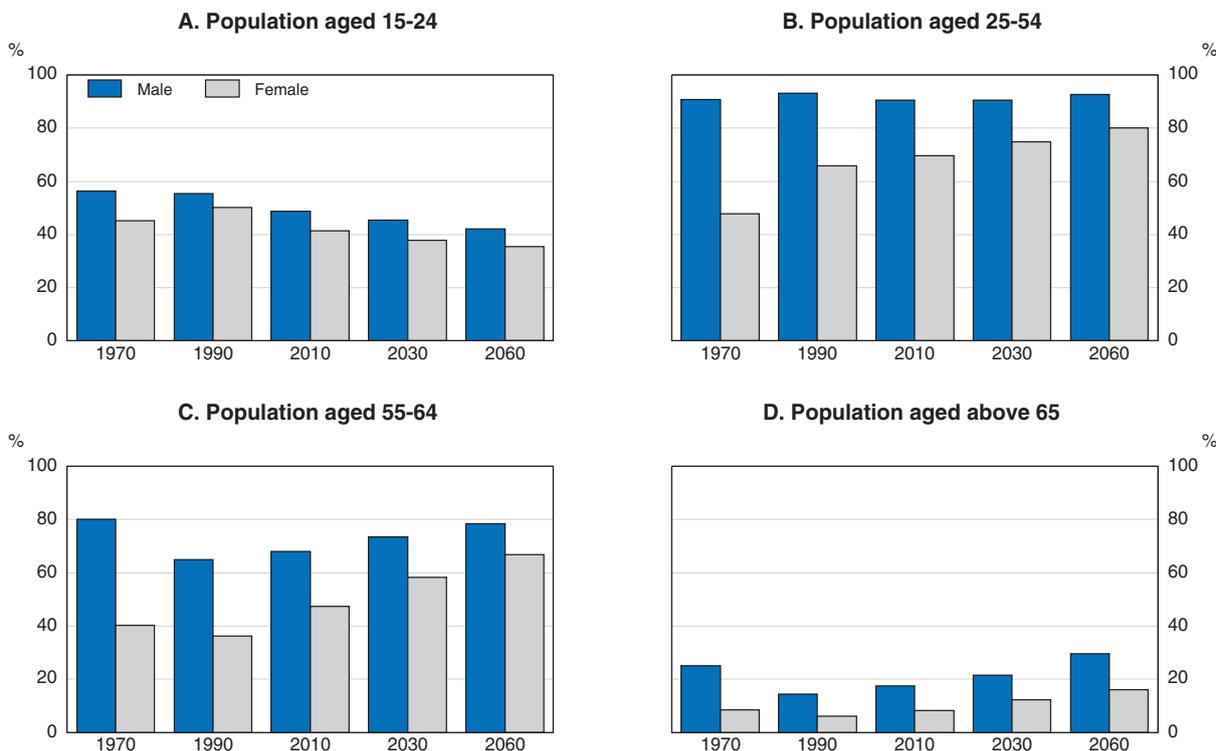
Die Konvergenz der Produktivitätsniveaus ist jedoch bei weitem nicht abgeschlossen

Obwohl das Wachstum in Niedrigeinkommensländern generell stärker ist, wird es diesen Ländern nicht gelingen, in Bezug auf das Produktivitätsniveau vollständig aufzuholen. Dies ist nicht nur darauf zurückzuführen, dass der Aufholprozess für die am weitesten von der Produktivitätsgrenze entfernten Länder länger dauern dürfte, sondern auch auf die Tatsache, dass Unterschiede in der Strukturpolitik und bei anderen strukturellen Faktoren eine Rolle spielen und verhindern können, dass die Länder vollständig aufholen. Im vorliegenden Modellierungsrahmen werden wichtige Unterschiede in den Produktivitätsniveaus Unterschieden in den strukturellen Rahmenbedingungen zugeschrieben, wie sie sich am Grad der Wettbewerbsfreundlichkeit der Produktmarktregulierung zeigen. Außerdem wird es auch auf Grund von Unterschieden beim Arbeitseinsatz, die auf unterschiedliche strukturelle Merkmale des Arbeitsmarkts, u.a. im Zusammenhang mit den strukturellen Rahmenbedingungen, sowie auf demografische Unterschiede zurückzuführen sind, weiterhin Abweichungen beim Pro-Kopf-BIP geben.

Das Wachstum wird im OECD-Raum trotz der Bevölkerungsalterung nicht durch Trends beim Arbeitseinsatz beeinträchtigt

Im OECD-Raum insgesamt leistet der Arbeitseinsatz bis 2030 keinen Beitrag zum Wachstum des Pro-Kopf-BIP, und im Zeitraum 2030-2060 beläuft sich der jährliche Beitrag auf lediglich 0,1 Prozentpunkt (Tabelle 4.3)⁶. Dies sollte jedoch im Kontext der demografischen Alterung gesehen werden, die sich in einem Rückgang der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung ausdrückt und dazu führt, dass das Wachstum des Arbeitseinsatzes in den meisten OECD-Ländern bis 2030 voraussichtlich um 0,1-0,2 Prozentpunkte und im Zeitraum 2030-2060 um 0,2-0,4 Prozentpunkte niedriger ausfällt. Dieser demografische Effekt wird im OECD-Durchschnitt durch einen Anstieg der Erwerbsbeteiligung ausgeglichen, der hauptsächlich auf die andauernde Zunahme der Erwerbsquoten von Frauen und älteren Arbeitskräften zurückzuführen ist (Abb. 4.2). Der Anstieg der Erwerbsquoten älterer Arbeitskräfte erklärt sich aus der Kombination folgender Faktoren: des Effekts einer besser ausgebildeten Erwerbsbevölkerung, der Wirkung der bis 2030 verabschiedeten Rentenreformen (Kasten 4.6) sowie, nach 2030, der Annahme, dass die Dauer des Erwerbslebens proportional zum Anstieg der Lebenserwartung zunimmt (was in etwa einer Indexierung des Rentenalters an die Lebenserwartung entsprechen würde). Ausnahmen vom OECD-weiten Trend sind Chile, Israel, Mexiko und die Türkei, wo Veränderungen des Arbeitseinsatzes einen größeren positiven Beitrag zum Wachstum des Pro-Kopf-BIP leisten, weil der Anteil der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter

Figure 4.2. **Evolution of the labour force participation rate in the OECD area**
In percentage of the respective population



Source: OECD Labour Force Statistics database; UN demographic projections; and OECD calculations.

StatLink  <http://dx.doi.org/10.1787/888933050104>

Kasten 4.6 Entwicklung des Rentenalters in den OECD-Ländern

Im vergangenen Jahrzehnt haben viele OECD-Länder Rentenreformen verabschiedet, die darauf abzielten, die finanzielle Tragfähigkeit ihres gesetzlichen Rentenversicherungssystems zu verbessern oder die Rentenparameter an die steigende Lebenserwartung anzupassen. Aus diesem Grund wird sich in einer deutlichen Mehrheit der Länder das erforderliche Rentenalter für den Anspruch auf eine Vollrente in den nächsten Jahrzehnten erhöhen.

Die hier vorgestellten Schätzungen berücksichtigen die bis Januar 2014 gesetzlich verabschiedeten Rentenreformen. Das gesetzliche Rentenalter, ab dem Anspruch auf eine Vollrente besteht (im Folgenden als „Rentenalter“ bezeichnet), dürfte im ungewichteten OECD-Durchschnitt von knapp unter 64 Jahren für Männer und 62½ Jahren für Frauen im Jahr 2012 auf knapp über 65 Jahre für Männer und knapp unter 65 Jahre für Frauen im Jahr 2030 ansteigen. In den meisten OECD-Ländern gilt bereits ein Rentenalter von 65 Jahren, vor allem für Männer. In einer großen Zahl von OECD-Ländern geht die Tendenz allerdings hin zu 67 Jahren oder mehr. Heute ist lediglich in Norwegen und Island das Rentenalter für beide Geschlechter auf 67 Jahre festgesetzt, 2050 wird jedoch in etwa 18 OECD-Ländern ein Rentenalter von 67 Jahren oder älter gelten.

Die Anhebung des Rentenalters folgt landesspezifischen Regeln (vgl. nachstehende Tabelle). In Kanada und Deutschland z.B. erfolgt der Übergang von 65 auf 67 Jahre schrittweise und wird bis ungefähr 2030 vollzogen sein. Demgegenüber wird die Anpassung in Australien, Polen und den Vereinigten Staaten bis zur ersten Hälfte der 2020er Jahre abgeschlossen sein. Irland und das Vereinigte Königreich haben jeweils eine Erhöhung des Rentenalters auf 68 Jahre beschlossen, die bis 2028 bzw. 2048 umgesetzt werden soll.

(Fortsetzung nächste Seite)

(Fortsetzung)

Einige große Volkswirtschaften haben die künftige Entwicklung des gesetzlichen Rentenalters an die Trends bei der Lebenserwartung geknüpft (Italien, Griechenland, Spanien, die Niederlande und Dänemark). Die Tschechische Republik hat ein quasi-indexiertes System eingeführt, bei dem das Rentenalter für Männer um zwei Monate je Geburtenkohorte angehoben wird, wobei keine Obergrenze vorgesehen ist. Im Jahr 2044 wird das Rentenalter der Frauen zu dem der Männer aufgeschlossen haben, danach gilt ein einheitliches Rentenalter.

Eine wichtige Komponente vieler Reformen der jüngsten Zeit ist der Übergang zu Geschlechterparität bei den Rentenbedingungen. Während 2012 in 14 OECD-Ländern ein unterschiedliches Rentenalter für Männer und Frauen galt, wird sich diese Zahl bis 2030 halbiert haben, und 2050 dürfte nur noch in Israel, Chile und in der Schweiz ein unterschiedliches Rentenalter für Männer und Frauen gelten.

The evolution of OECD pensionable ages: history and projections to 2030

	Men's pensionable ages 1989-2030					Women's pensionable ages 1989-2030				
	1989	2002	2012	2020	2030	1989	2002	2012	2020	2030
Australia	65.0	65.0	65.0	66.2	67.0	60.0	62.0	64.0	66.2	67.0
Austria	65.0	65.0	65.0	65.0	65.0	60.0	60.0	60.0	60.0	63.5
Belgium	65.0	65.0	65.0	65.0	65.0	60.0	62.0	65.0	65.0	65.0
Canada	66.0	65.0	65.0	65.0	67.0	66.0	65.0	65.0	65.0	67.0
Switzerland	65.0	65.0	65.0	65.0	65.0	62.0	62.0	64.0	64.0	64.0
Chile	65.0	65.0	65.0	65.0	65.0	60.0	60.0	60.0	60.0	60.0
Czech Republic	60.0	60.5	62.3	63.5	65.0	57.0	58.0	61.0	63.2	65.0
Germany	63.0	63.5	65.1	65.8	67.0	60.0	60.5	65.1	65.8	67.0
Denmark	67.0	67.0	65.0	66.0	68.0	62.0	67.0	65.0	66.0	68.0
Spain	65.0	65.0	65.0	65.8	67.0	65.0	65.0	65.0	65.8	67.0
Estonia	..	63.0	63.0	63.8	65.0	..	58.0	61.0	63.8	65.0
Finland	65.0	65.0	65.0	65.0	65.0	65.0	65.0	65.0	65.0	65.0
France ¹	60.0	60.0	62.0	62.0	63.3	60.0	60.0	62.0	62.0	63.3
United Kingdom	65.0	65.0	65.0	65.2	66.4	60.0	60.0	61.0	65.2	66.4
Greece ²	57.0	57.0	60.0	62.0	63.8	57.0	57.0	60.0	62.0	63.8
Hungary	60.0	60.0	62.5	64.3	65.0	55.0	55.0	60.0	64.3	65.0
Iceland	67.0	67.0	67.0	67.0	67.0	67.0	67.0	67.0	67.0	67.0
Ireland	65.0	65.0	65.0	66.0	68.0	65.0	65.0	65.0	66.0	68.0
Israel	65.0	65.0	67.0	67.0	67.0	60.0	60.0	62.4	64.0	64.0
Italy ³	55.0	57.0	66.0	67.0	68.1	55.0	57.0	62.0	67.0	68.1
Japan	60.0	61.0	64.6	65.0	65.0	56.0	60.0	62.8	65.0	65.0
Korea	..	60.0	60.0	62.0	64.0	..	60.0	60.0	62.0	64.0
Luxembourg	65.0	60.0	60.0	60.0	60.0	65.0	60.0	60.0	60.0	60.0
Mexico	65.0	65.0	65.0	65.0	65.0	65.0	65.0	65.0	65.0	65.0
Netherlands	65.0	65.0	65.0	66.4	67.0	65.0	65.0	65.0	66.0	67.0
Norway	67.0	67.0	67.0	67.0	67.0	67.0	67.0	67.0	67.0	67.0
New Zealand	60.0	64.1	65.0	65.0	65.0	60.0	64.1	65.0	65.0	65.0
Poland	65.0	65.0	65.0	67.0	67.0	60.0	60.0	60.0	62.0	64.5
Portugal	65.0	65.0	65.0	65.0	65.0	62.0	65.0	65.0	65.0	65.0
Slovak Republic	60.0	60.0	62.0	62.5	63.8	57.0	57.0	59.8	62.5	63.8
Slovenia	..	63.0	63.0	63.0	65.0	..	57.3	61.0	61.0	65.0
Sweden	65.0	65.0	65.0	65.0	65.0	65.0	65.0	65.0	65.0	65.0
Turkey ⁴	45.0	44.0	45.5	48.6	53.1	45.0	40.0	42.1	45.2	50.4
United States	65.0	65.0	66.0	66.5	67.0	65.0	65.0	66.0	66.5	67.0
OECD	63.0	62.9	63.8	64.4	65.2	60.9	61.1	62.4	63.7	64.8

Note: Data for women are shown in bold face when they differ from men's pensionable age. See OECD Pensions Outlook 2012, Tables A1 and A2 for country-specific footnotes.

1. Based on the "âge légal de départ à la retraite" assuming the worker enters the labour force at age 20 and contributes regularly and that the contribution parameter will grow according to the currently legislated evolution of the contribution requirement; namely, 3 months per age cohort.
2. The pension age shown is based on a full-career worker starting at age 20 allowing for both the evolution of the minimum pension age and the contribution requirement in line with longevity.
3. Up to 2002, the pensionable age reflects the availability of the "seniority" pensions. From 2012 onward, the evolution of the pension age is based on the normal old-age pension scheme.
4. The pension age will increase to 65 years by 2050.

Source: updates from OECD (2012), *OECD Pensions Outlook 2012*, OECD Publishing, Paris.

StatLink  <http://dx.doi.org/10.1787/888933051833>

an der Gesamtbevölkerung wächst und die Erwerbsquoten insbesondere auf Grund eines deutlichen Anstiegs der Erwerbsbeteiligung der Frauen stärker zunehmen. Länder, in denen der Arbeitseinsatz erheblich zurückgeht, sind dagegen Polen, die Slowakische Republik und Slowenien.

Die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen und die Auswirkungen auf das Zinsniveau und die globalen Ungleichgewichte

Im Basisszenario wird die Staatsverschuldung auf 60% des BIP zurückgeführt

Im Basisszenario wird im Einklang mit früheren Analysen dieser Art davon ausgegangen, dass in Ländern, deren Bruttostaatsverschuldung 2015 60% des BIP übersteigt, die Fiskalpolitik auf die Erreichung dieses Zielwerts für den Schuldenstand ausgerichtet ist (auch wenn die Wahl dieses Schwellenwerts etwas willkürlich ist). Der Zielwert wird in Bezug auf die Bruttostaatsverschuldung definiert, u.a. weil sich diese Messgröße für Ländervergleiche besser eignen dürfte als die Nettostaatsverschuldung⁷, wengleich auf Grund der unterschiedlichen Behandlung öffentlicher Rentenverbindlichkeiten nicht einmal die Bruttomessgrößen der Staatsverschuldung voll und ganz vergleichbar sind (Kasten 4.7). Erreicht wird dieses Schuldenziel durch eine schrittweise Verbesserung des strukturellen Primärsaldos (um maximal ½ Prozentpunkt des BIP pro Jahr), die zu der Verbesserung des Haushaltssaldos hinzukommt, die sich aus dem Wirken der automatischen Stabilisatoren ergibt, wenn sich die Produktionslücke schließt.

Der Schuldenstand übersteigt in etwa zwei Dritteln der OECD-Länder 60% des BIP

Konsolidierungsbedarf

Etwa ein Drittel der OECD-Länder konnte die Staatsverschuldung während und nach der Krise unter 60% des BIP halten. In den übrigen OECD-Ländern besteht über das Jahr 2013 hinaus weiterer Konsolidierungsbedarf. Ein Teil dieses Konsolidierungsbedarfs wird durch die von den Regierungen eingegangenen Verpflichtungen zur Verbesserung der Haushaltspositionen bis 2015 erfasst, die in den Kurzzeitprojektionen in den vorangegangenen Kapiteln berücksichtigt sind. Die darüber hinaus notwendigen Anstrengungen werden hier anhand der durchschnittlichen Höhe des Primärsaldos gemessen, die den Projektionen zufolge nach 2015 zur Stabilisierung der Staatsverschuldung bei 60% des BIP erforderlich ist (Tabelle 4.4)⁸. Der durchschnittliche Konsolidierungsbedarf ist eine robuste Messgröße der Konsolidierungserfordernisse, da er vom Zeitplan der Konsolidierung kaum berührt wird (vgl. Kasten 4.5 in OECD, 2013a), und ähnelt vom Konzept her den Messgrößen der sogenannten „fiskalischen Lücke“, mit der er empirisch eng verbunden ist; diese misst den unmittelbaren Anstieg des strukturellen Primärsaldos, der längerfristig dafür sorgt, dass in einem bestimmten Jahr ein bestimmtes Schuldenziel erreicht wird.

In vielen Ländern ist der weitere Konsolidierungsbedarf für den Schuldenabbau gering

In nahezu allen Ländern – mit Japan als offensichtlichster Ausnahme – ist der weitere Konsolidierungsbedarf zur Erreichung des 60%-Schuldenziels geringer und in den meisten Fällen deutlich geringer als die den Projektionen zufolge in den Jahren 2010-2015 bereits erzielte Konsolidierung (Abb. 4.3). Zurückzuführen ist dies auf die erheblichen Konsolidierungsanstrengungen der Jahre 2014 und 2015 in einer Größenordnung von 2-3½ Prozentpunkten

Kasten 4.7 **Rentensysteme und ihr Einfluss auf die Messgrößen der Staatsverschuldung**

Unterschiede in der institutionellen Architektur und der Verbuchung der staatlichen Rentensysteme können erhebliche Auswirkungen auf das ausgewiesene Niveau der Staatsverschuldung haben. Auf der Basis einer neueren Studie zu den Forderungen und Verbindlichkeiten von Rentenversicherungen wird in diesem Kasten dargelegt, welche Auswirkungen diese Unterschiede haben und wie sie die Messgröße der Bruttoverschuldung beeinflussen können, die regelmäßig im *OECD-Wirtschaftsausblick* (Spalte 3 in der nachstehenden Tabelle) veröffentlicht wird.

Die Rentensysteme sind in den einzelnen Ländern sehr unterschiedlich aufgebaut. In einigen Fällen handelt es sich um Systeme mit Umlageverfahren, in denen die Rentenleistungen unmittelbar aus den eingezahlten Beiträgen finanziert werden. In anderen Fällen ist das Altersversorgungssystem (teilweise) kapitalgedeckt, d.h. die Beiträge werden auf Konten angespart und angelegt; die künftigen Rentenleistungen werden dann (teilweise) aus dem angesparten Guthaben finanziert. Idealerweise sollten alle Rentenverbindlichkeiten aus den kapitalgedeckten wie auch den umlagefinanzierten Altersversorgungssystemen erfasst werden. Allerdings werden entsprechende Schätzungen, insbesondere solche, die den öffentlichen Schuldenstand beeinflussen, erst im Jahresverlauf 2017 für alle EU-Länder zur Verfügung gestellt werden. Für einige OECD-Länder, die nicht Mitglied der EU sind, könnte dies sogar noch länger dauern.

Derzeit haben Aufbau und Erfassung der Rentensysteme in den volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen einen direkten Einfluss auf die Vergleichbarkeit der Messgrößen der Staatsverschuldung. Das gilt insbesondere für die Altersversorgungssysteme des öffentlichen Dienstes. Im Allgemeinen werden Rentenverbindlichkeiten aus nichtkapitalgedeckten, umlagefinanzierten Systemen nicht unter der Staatsverschuldung erfasst. Demgegenüber werden Verbindlichkeiten (teilweise) kapitalgedeckter Altersvorsorgeprogramme in der Regel erfasst, aber nicht unbedingt als Teil der Staatsverschuldung. Beispielsweise werden die Forderungen und Verbindlichkeiten von Pensionsfonds mit eigenständiger Verwaltung im Sektor der Finanzunternehmen verbucht und haben daher keinen Einfluss auf die Staatsverschuldung. Sind die Pensionsfonds unterfinanziert, verfügen die Länder in Bezug auf die Verbuchung des ungedeckten Teils der Verbindlichkeiten indessen über eine gewisse Flexibilität. Manchmal werden diese nicht als Verbindlichkeiten des Trägers – in diesem Fall des Staats – verbucht und fallen dementsprechend nicht unter die Staatsverschuldung.

Eine Möglichkeit, internationale Vergleiche aufzustellen, besteht darin, die Gesamtverbindlichkeiten des Sektors Staat gemäß dem System der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zu Grunde zu legen (erste Spalte der nachstehenden Tabelle). Diese Messgröße umfasst in einigen Ländern auch nichtkapitalgedeckte Verbindlichkeiten teilweise kapitalgedeckter Altersvorsorgepläne des öffentlichen Dienstes (zweite Spalte). Da die Länder, die diese Verbindlichkeiten in ihre Staatskonten aufnehmen, im Vergleich zu Ländern, in denen dies nicht der Fall ist oder die über Systeme mit Umlageverfahren verfügen, eine unverhältnismäßig hohe Staatsverschuldung aufweisen, erfasst der *Wirtschaftsbericht* nur bereinigte Zahlen, in denen diese Verbindlichkeiten in den Zahlen zur Bruttostaatsverschuldung ausgeklammert sind (Spalte 3). Diese Bereinigung hat in einigen Ländern erhebliche Auswirkungen: In Australien, Kanada, Island und den Vereinigten Staaten verringert sie die Schätzungen der Staatsverschuldung um rd. 15-25% des BIP.

Aber selbst nach dieser Bereinigung bleiben Länder mit (teilweise) kapitalgedeckten Altersvorsorgeplänen für öffentlich Bedienstete, die entweder dem Staatssektor oder dem Sektor der Finanzunternehmen zugeordnet sind, in internationalen Vergleichen etwas benachteiligt, da die in diesen Rentensystemen kumulierten Aktiva (der kapitalgedeckte Teil) z.T. das Resultat früherer Staatsausgaben sind, die unter sonst gleichen Bedingungen in der Vergangenheit zu höheren Staatsdefiziten und folglich höheren Schuldenständen geführt haben. Diese Aktiva können, wie in Australien, Japan und Portugal, innerhalb (Spalte 4) oder außerhalb des Sektors Staat (Spalte 5) angespart worden sein. Die Berücksichtigung der zur Zahlung künftiger Pensionsleistungen angesparten Aktiva kann bedeutende Auswirkungen auf internationale Länderrangfolgen der Staatsverschuldung haben (Spalte 6). In Kanada und den Niederlanden machen diese angesparten Aktiva mehr als 40% des BIP aus, in Island, der Schweiz und den Vereinigten Staaten entspricht ihr Anteil etwa 30% des BIP.

Zusätzlich zu den Altersvorsorgeplänen für öffentlich Bedienstete gibt es auch staatliche sozialversicherungsähnliche Rentensysteme für die gesamte Bevölkerung. Diese Systeme garantieren entweder der Gesamtbevölkerung eine Mindestrente oder sind Bestandteil umfassenderer Altersvorsorgepläne. Derzeit erfasst kein Land die entsprechenden Rentenverbindlichkeiten als Teil der Staatsverschuldung, wengleich sie in einigen Ländern angesichts der EU-Auflage, solche Informationen ab 2017 zur Verfügung zu stellen, bereits geschätzt wurden. Einige wenige Länder haben für diese künftigen Rentenleistungen spezielle Fonds eingerichtet (Spalte 7). In Schweden machen diese Fonds mehr als 25% des BIP aus. Weniger umfangreiche Fonds (5-11% des BIP) existieren in Kanada,

(Fortsetzung nächste Seite)

(Fortsetzung)

Portugal, Spanien und der Schweiz. Unabhängig von den speziell für die Zahlung künftiger Rentenleistungen innerhalb des Sektors Staat eingerichteten Fonds unterscheidet sich auch die Höhe der von den öffentlichen Haushalten allgemein gehaltenen Finanzaktiva stark von Land zu Land. So haben beispielsweise die Sozialversicherungen in Finnland erhebliche Aktiva in Höhe von insgesamt etwa 78 Prozentpunkten des BIP angesammelt.

Die obenstehende Analyse zeigt, dass die staatlichen Bruttoverbindlichkeiten je nach Behandlung der Rentensysteme um bis zu 70 Prozentpunkte des BIP variieren können, wie der Vergleich der Spalten 1 und 8 für

Pension systems and their impact on government debt, 2012

Percentage of GDP

	Total liabilities (1)	Unfunded pension liabilities (2)	Total liabilities excluding unfunded pension liabilities (3=1-2)	Accumulated funds related to employment related pension schemes, inside GG (4)	Accumulated funds related to employment related pension schemes, outside GG (5)	Total liabilities, after full adjustment for employment related funds (6=3-4-5)	Accumulated funds related to social security schemes, inside GG (7)	Total liabilities, after full adjustment for employment related and social security funds (8=6-7)
Australia ¹	57.9	25.8	32.1	5.4	0.0	..
Austria	86.0	0.0	86.0	0.0	0.0	86.0	0.0	86.0
Belgium	106.4	0.0	106.4	0.0	0.0	106.4	0.0	106.4
Canada	109.7	13.6	96.1	0.0	44.4	51.7	12.8	38.9
Chile	18.6	0.0	18.6	2.2	..
Czech Republic	55.7	0.0	55.7	0.0	0.0	55.7	0.0	55.7
Denmark	59.3	0.0	59.3	0.0	0.0	59.3	0.0	59.3
Estonia	13.3	0.0	13.3	0.0	0.0	13.3	0.0	13.3
Finland	64.0	0.0	64.0	0.0	0.0	64.0	0.0	64.0
France	109.3	0.0	109.3	0.0	0.0	109.3	1.8	107.5
Germany	88.5	0.0	88.5	0.3	0.0	88.2	0.0	88.2
Greece	167.5	0.0	167.5	0.0	0.0	167.5	0.0	167.5
Hungary	90.0	0.0	90.0	0.0	0.0	..
Iceland	129.5	25.8	103.7	0.0	31.9	71.8	0.0	71.8
Ireland	127.8	0.0	127.8	0.0	0.0	127.8	0.0	127.8
Israel	68.2	0.0	68.2	0.0	0.0	..
Italy	142.2	0.0	142.2	0.0	0.0	142.2	0.0	142.2
Japan	216.5	0.0	216.5	9.8	2.2	..
Korea	34.8	0.0	34.8	0.0	0.0	..
Luxembourg	30.2	..	30.2
Mexico	..	0.0	..	0.0	0.0	..	0.0	..
Netherlands	82.7	0.0	82.7	0.0	47.8	34.9	0.0	34.9
New Zealand	47.6	5.2	42.4	0.0	1.4	41.0	0.0	41.0
Norway	34.7	0.0	34.7	0.0	13.5	21.2	0.0	21.2
Poland	62.3	0.0	62.3	0.0	0.0	62.3	1.0	61.3
Portugal	134.6	0.0	134.6	3.3	0.1	131.2	6.5	124.7
Slovak Republic	56.9	0.0	56.9	0.0	0.0	56.9	0.0	56.9
Slovenia	61.6	0.0	61.6	0.0	0.0	61.6	0.0	61.6
Spain	92.6	0.0	92.6	0.0	0.0	92.6	6.1	86.5
Sweden	49.0	2.3	46.7	0.0	18.9	27.8	27.0	0.8
Switzerland ²	46.3	0.0	46.3	0.0	31.1	15.2	5.4	9.9
Turkey	..	0.0	..	0.0	0.0	..	0.0	..
United Kingdom	101.6	0.0	101.6	0.0	13.7	87.9	0.0	87.9
United States	122.2	20.1	102.1	0.0	30.0	72.1	0.0	72.1

1. Based on Government Finance Statistics. Data not fully consistent with SNA but the difference in total liabilities excluding unfunded pension liabilities is less than 1% of GDP.

2. 2011 data for Switzerland.

Source: National accounts and country answers to one-time survey.

StatLink  <http://dx.doi.org/10.1787/888933051852>

(Fortsetzung nächste Seite)

(Fortsetzung)

Kanada zeigt; in Island, den Niederlanden, Schweden und den Vereinigten Staaten beläuft sich die Differenz auf 40-50 Prozentpunkte. Diese Ergebnisse veranschaulichen, dass bei der Präsentation von Daten zur Staatsverschuldung große Sorgfalt und Transparenz geboten ist, insbesondere bei Ländervergleichen.

Table 4.4. **Fiscal trends in the projection targeting a debt ratio of 60% of GDP***As percentage of nominal GDP (unless otherwise specified)*

	Consolidation ¹		Consolidation over 2016-30 to achieve debt target: ²		Financial balances ³			Net financial liabilities ⁴			Gross financial liabilities ⁵			Long-term real interest rates ⁶		
	2010-13	2014-15	Average	Peak	2013	2020	2030	2013	2020	2030	2013	2020	2030	2013	2020	2030
Australia	3.4	0.7	0.2	0.5	-1.4	-0.8	-0.8	12	15	14	33	36	36	1.7	4.3	4.1
Austria	2.9	0.5	-0.1	1.6	-1.5	2.4	-0.7	48	33	20	83	73	60	0.2	1.2	1.8
Belgium	2.0	1.3	0.2	2.4	-2.7	2.9	-1.4	84	59	37	107	82	59	0.6	1.4	1.8
Canada	0.2	1.5	1.5	3.0	-3.0	2.1	0.1	40	28	7	94	81	60	0.1	2.4	2.3
Czech Republic	6.9	-1.4	0.8	1.5	-1.5	-0.6	-0.7	13	18	16	57	62	60	1.4	3.6	4.2
Denmark	2.9	-1.6	-0.2	-0.1	-0.9	-0.3	-0.4	6	12	11	55	62	60	0.4	1.1	1.8
Estonia	2.1	0.7	-0.2	-0.1	-0.2	1.6	1.2	-31	-27	-28	13	14	13	-2.7	1.3	1.9
Finland	0.3	1.9	1.1	1.7	-2.5	4.2	2.5	-60	-58	-65	66	67	60	-0.7	1.4	2.2
France	3.9	1.6	2.5	4.6	-4.3	1.2	0.5	74	63	23	113	102	62	0.9	2.2	2.3
Germany	0.3	-0.4	0.4	1.3	0.0	1.3	-0.7	49	33	26	86	67	60	0.0	1.0	1.8
Greece	17.2	0.8	1.6	5.2	-12.7	3.7	3.5	123	88	5	186	148	65	10.4	6.9	3.2
Hungary	1.9	-1.0	1.7	3.5	-2.3	-0.1	-1.1	63	56	33	89	83	60	3.1	3.9	2.0
Iceland	9.1	-0.6	2.2	4.0	-2.1	1.0	0.7	31	25	0	98	85	60	3.1	6.6	4.4
Ireland	7.8	2.9	1.8	4.3	-7.0	2.5	0.3	90	71	22	135	110	60	3.2	3.1	1.8
Israel	0.5	0.7	0.9	1.4	-4.3	-2.0	-2.7	-	-	-	68	63	60	1.0	3.3	3.1
Italy	4.1	0.4	1.3	4.2	-2.8	3.2	0.6	116	93	32	146	122	61	2.9	3.1	2.3
Japan	-0.9	2.4	10.7	19.5	-9.3	-5.5	-4.9	138	152	158	225	239	245	1.9	1.4	2.6
Korea	1.4	0.3	-0.3	-0.2	-0.4	2.1	1.7	-34	-31	-33	37	40	38	2.1	3.1	2.8
Luxembourg	2.3	-1.5	0.1	0.2	0.1	2.1	1.7	-47	-41	-44	30	36	34	-2.0	0.9	1.8
Netherlands	4.0	1.5	-0.2	1.4	-2.4	2.1	-0.8	44	31	20	86	71	60	0.7	1.4	1.8
New Zealand	2.5	0.6	-1.2	-0.9	-0.3	-0.7	-0.4	7	6	8	41	39	41	2.3	4.8	4.3
Poland	2.6	1.1	1.9	2.4	-4.3	-1.5	-1.2	37	33	32	64	60	59	1.8	4.5	3.0
Portugal	7.2	2.3	1.9	5.0	-5.0	2.4	1.9	92	77	17	139	123	63	5.8	5.4	2.4
Slovak Republic	4.5	0.2	1.1	1.6	-2.8	-1.3	-1.1	28	32	30	59	62	60	2.0	2.0	2.2
Slovenia	3.6	2.8	0.9	2.5	-14.7	3.1	0.3	19	17	-2	80	78	59	5.0	2.1	1.9
Spain	6.9	2.7	3.5	6.3	-7.1	-0.4	1.4	71	73	31	104	107	64	4.4	4.2	2.0
Sweden	-2.2	0.2	0.7	1.4	-1.3	0.3	0.6	-24	-15	-15	47	53	54	1.1	2.3	2.6
Switzerland	-0.6	-0.2	-0.7	-0.2	0.1	-0.4	-0.3	8	7	8	46	45	46	0.8	1.3	2.0
United Kingdom	3.9	2.1	4.2	6.9	-5.9	-2.0	2.0	65	67	38	99	101	72	0.6	3.7	3.7
United States	4.5	1.5	3.3	5.6	-6.4	-1.4	0.6	81	77	43	104	99	65	0.6	2.7	2.4
Euro Area	3.6	0.9	1.4	2.6	-3.0	1.7	0.2	69	54	23	107	92	61	1.6	2.2	2.1
OECD	3.2	1.3	2.1	3.8	-4.9	-0.6	0.1	69	64	39	109	103	77	1.1	2.6	2.5

Note: These fiscal projections are the consequence of applying a stylised fiscal consolidation path and should not be interpreted as a forecast.

1. Consolidation is measured as the change in the underlying primary balance as a percentage of potential GDP.

2. Over the projection period, countries with gross government debt ratios in excess of 60% of GDP are assumed to gradually reduce debt to this level, whereas other countries stabilise debt ratios at their current levels. Consolidation requirements from 2015 to achieve these objectives are measured as the difference between the underlying primary balance in 2015 and its average or its peak over the period to 2030 (or until the debt ratio stabilises).

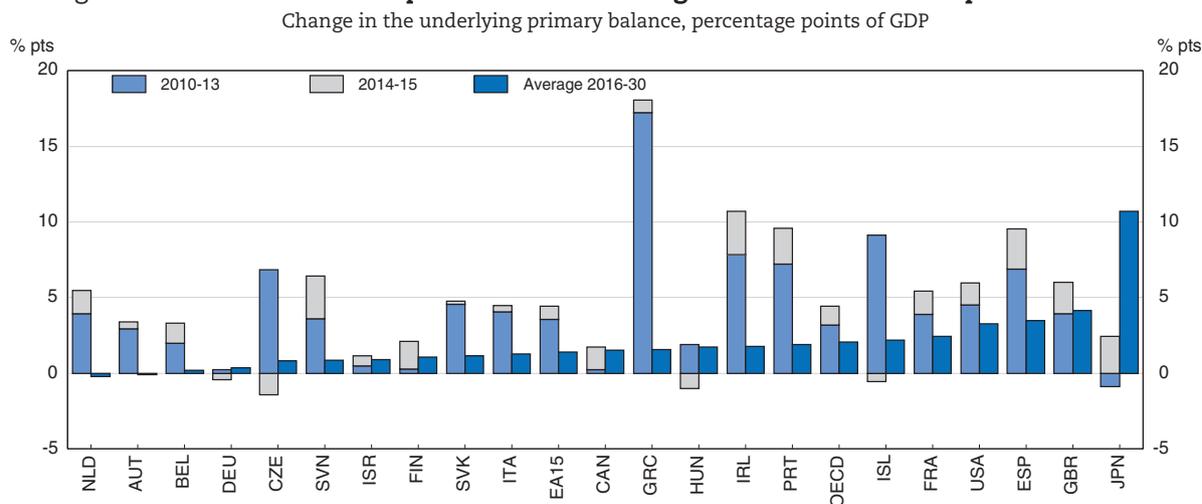
3. General government fiscal surplus (+) or deficit (-) as a percentage of GDP.

4. Includes all financial liabilities minus financial assets as defined by the system of national accounts (where data availability permits) and covers the general government sector, which is a consolidation of central, state and local governments and the social security sector.

5. Includes all financial liabilities as defined by the system of national accounts (where data availability permits) and covers the general government sector, which is a consolidation of central, state and local governments and the social security sector. The definition of gross debt differs from the Maastricht definition used to assess EU fiscal positions.

6. Nominal 10-year government bonds adjusted by the GDP deflator.

Source: OECD Economic Outlook 95 long-term database.

Figure 4.3. **Consolidation requirements to reduce government debt to 60 per cent of GDP**

Note: The average measure of consolidation is the difference between the underlying primary balance in 2015 and the average underlying primary balance between 2016 and 2030, except for those countries for which the debt target is only achieved after 2030, in which case the average is calculated up until the year that debt target is achieved.

Source: OECD Economic Outlook 95 long-term database.

StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888933050123>

des BIP in Finnland, Irland, Japan, Portugal, Slowenien und Spanien. Für die Zeit nach 2015 lassen sich die Länder je nach dem Umfang des weiteren Konsolidierungsbedarfs in verschiedene Gruppen einteilen.

In einigen Ländern besteht zur Erreichung einer Schuldenquote von 60% nur geringer Konsolidierungsbedarf

- In einer großen Ländergruppe ist der durchschnittliche Konsolidierungsbedarf zur Erreichung des 60%-Ziels bis 2030 nach dem Jahr 2015 nur gering (weniger als 1 Prozentpunkt des BIP): in Belgien, Deutschland, Finnland, Griechenland, Israel und Slowenien. In Österreich und den Niederlanden besteht zur Verringerung der Staatsverschuldung auf 60% kein weiterer Konsolidierungsbedarf. In der Mehrzahl dieser Länder sind die Schuldenquoten bereits nicht weit von 60% entfernt; die Länder, wo dies nicht der Fall ist (z.B. Belgien), sind schon mit einem strukturellen Primärüberschuss in die Krise gegangen.

In einer anderen Ländergruppe ist der Konsolidierungsbedarf größer, doch wurden viele Maßnahmen bereits frühzeitig eingeleitet

- In einer zweiten Ländergruppe, zu der Frankreich, Irland, Island, Italien, Kanada, Polen, Portugal und Ungarn gehören, bedarf es einer durchschnittlichen Konsolidierung um 1-3 Prozentpunkte des BIP: Die meisten dieser Länder (aber nicht Kanada und Ungarn) haben die Konsolidierung ebenfalls frühzeitig eingeleitet, so dass sich der durchschnittliche Konsolidierungsbedarf nach 2015 auf weniger als ein Drittel dessen beläuft, was bis dahin bereits erreicht wurde.

In einer kleinen Zahl von Ländern besteht erheblicher weiterer Konsolidierungsbedarf

- Eine dritte Gruppe von Ländern – Spanien, das Vereinigte Königreich und die Vereinigten Staaten – weist Schuldenquoten auf, die 100% des BIP überschreiten und eine stärkere durchschnittliche Konsolidierung um 3-5 Prozentpunkte des BIP erfordern. Das Vereinigte Königreich und die Vereinigten Staaten werden bis 2015 etwa zwei Drittel der nach der Krise erforderlichen Konsolidierung erzielt haben, Spanien etwa drei Viertel.

Japan ist ein Sonderfall, wo es zum Schuldenabbau einer Kombination von Maßnahmen bedarf

- Japan hat in der Zeit nach 2015 noch einen enormen Konsolidierungsbedarf von nahezu 11 Prozentpunkten des BIP, und selbst damit wird die Schuldenquote bis 2030 nur knapp stabilisiert und das 60%-Ziel bis 2060 nicht ganz erreicht. Daraus kann geschlossen werden, dass für einen deutlicheren Abbau der japanischen Staatsverschuldung eine Kombination von Maßnahmen ergriffen werden muss, darunter erhebliche Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen (wahrscheinlich in einem rascheren Tempo als in den hier dargelegten stilisierten Berechnungen), strukturpolitische Maßnahmen zur Erhöhung des Wachstumspotenzials und eine expansive Geldpolitik, die die Teuerung steigen lässt (Guillemette und Strasky, 2013).

Der Spitzenwert des Konsolidierungsbedarfs übersteigt den durchschnittlichen Wert

Die vorstehenden Berechnungen weisen den Gesamtkonsolidierungsbedarf aus verschiedenen Gründen wahrscheinlich zu niedrig aus. Der erste Grund liegt darin, dass die Kurve der erforderlichen Entwicklung des strukturellen Primärsaldos zwischenzeitlich eine Spitze erreichen dürfte, die die oben aufgeführte *durchschnittliche* Anpassung übersteigt (vgl. Kasten 4.5 in OECD, 2013a). Das erklärt sich aus der Notwendigkeit, die Verschuldung auf einen Abwärtspfad in Richtung Zielvorgabe zu bringen. Ist dieser Pfad erst einmal eingeschlagen, ermöglichen sinkende Zinszahlungen eine gewisse Lockerung der Anstrengungen bei gleichzeitiger schrittweiser Konvergenz in Richtung der Zielvorgabe. In den Ländern mit dem größten Konsolidierungsbedarf (unter Ausklammerung Japans) übersteigt der in diesen Projektionen unterstellte Spitzenwert der Konsolidierung den durchschnittlichen Konsolidierungsbedarf in der Regel um 2-3 Prozentpunkte des BIP⁹.

Der von den Gesundheitsausgaben ausgehende Druck erhöht den Konsolidierungsbedarf

Die erforderlichen fiskalischen Anpassungen sind auch zu niedrig ausgewiesen, weil der zunehmende von den Gesundheits- und Rentenausgaben auf die öffentlichen Finanzen ausgehende Druck in den Haushaltsprojektionen nicht explizit berücksichtigt ist, zur Eindämmung der Staatsverschuldung aber ausgeglichen oder aktiv reduziert werden muss¹⁰. Eine neuere OECD-Veröffentlichung (Oliveira Martins und de la Maisonnette, 2014) legt den Schluss nahe, dass selbst in einem „Kosteneindämmungsszenario“ (Tabelle 4.5), in dem die in Zukunft ergriffenen Maßnahmen das Ausgabenwachstum stärker drosseln als in der Vergangenheit, die durchschnittlichen öffentlichen Ausgaben für Gesundheitsversorgung und Langzeitpflege in den OECD-Ländern gegenüber dem heutigen Stand bis 2030 voraussichtlich um etwa 1½ Prozentpunkte des BIP steigen werden. Hinzu kommt, dass der Anstieg der öffentlichen Rentenausgaben im OECD-Durchschnitt bis 2030 voraussichtlich knapp über 1 Prozentpunkt des BIP betragen wird, in einigen Ländern (Belgien, Finnland und Luxemburg) aber das Drei- bis Vierfache erreichen wird.

Eine langsamere Schließung der Produktionslücken würde den Konsolidierungsbedarf erhöhen

Ein weiteres Risiko betrifft Länder mit hohem Konsolidierungsbedarf und einer 2015 noch großen Produktionslücke. Wenn sich die Produktionslücke dort nicht – wie im Basisszenario angenommen – in den kommenden vier bis fünf Jahren nach und nach schließt und sich dieser Vorgang stattdessen um weitere drei Jahre verzögert, wäre der Konsolidierungsbedarf noch größer; in Griechenland würde er im Durchschnitt um über 1½ Prozentpunkte des BIP steigen, in Portugal, Irland und Italien um etwa ¾ Prozentpunkte des BIP, und in allen Fällen würde das Schuldenziel erst mehrere Jahre später erreicht.

Table 4.5. **Changes in public spending on health and pensions for selected OECD countries**

Change 2015-30, percentage points of GDP

	Health care ¹	Long-term care ¹	Pensions	Total
Australia	1.2	0.2	0.7	2.1
Austria	1.3	0.2	2.3	3.9
Belgium	1.1	0.3	3.6	5.0
Canada	1.4	0.2	1.2	2.9
Chile	1.4	0.5	-0.7	1.2
Czech Republic	1.1	0.2	0.3	1.7
Denmark	1.3	0.2	0.3	1.8
Estonia	0.9	0.2	0.4	1.5
Finland	1.2	0.2	2.8	4.2
France	1.2	0.2	0.5	1.9
Germany	1.3	0.3	1.5	3.1
Greece	1.2	0.3	0.0	1.5
Hungary	0.9	0.3	-0.8	0.4
Ireland	1.2	0.1	0.7	2.0
Iceland	1.2	0.2	1.1	2.5
Israel	1.3	0.3	0.5	2.1
Italy	1.3	0.3	-0.4	1.2
Japan	1.4	0.3	na	1.7
Korea	1.7	0.4	1.4	3.5
Luxembourg	1.4	0.3	4.1	5.8
Mexico	1.3	0.4	0.4	2.1
Netherlands	1.4	0.3	2.3	4.0
Norway	1.3	0.2	2.0	3.5
New Zealand	1.1	0.1	1.9	3.1
Poland	1.1	0.2	0.2	1.6
Portugal	1.3	0.2	-0.1	1.4
Slovak Republic	1.2	0.3	1.4	2.9
Slovenia	1.3	0.3	1.5	3.1
Spain	1.3	0.4	0.2	1.8
Sweden	1.0	0.1	0.4	1.6
Switzerland	1.3	0.2	1.5	3.0
Turkey	1.2	0.3	1.5	3.0
United Kingdom	1.1	0.2	0.3	1.6
United States	1.2	0.1	0.1	1.5
OECD (unweighted) average	1.2	0.3	1.0	2.5

Note: Where projections are not available over the period 2015-30, linear interpolation has been applied.

1. Based on "Cost-containment scenario", (Oliveira Martins and de la Maisonnette, 2013).

Source: European Commission (2012), OECD Pensions at a Glance (2011), Merola and Sutherland (2012), Bank of Israel.

StatLink  <http://dx.doi.org/10.1787/888933051776>

Die Auswirkungen einer OECD-weiten Haushaltskonsolidierung auf das Zinsniveau

Bei einer sinkenden Staats- und Auslandsverschuldung sinken auch die Zinsaufschläge

Den Projektionen zufolge werden die langfristigen realen Zinssätze für das OECD-Medianland in den kommenden vier bis fünf Jahren unter dem Einfluss der sich schließenden Produktionslücken und der Normalisierung der Leitzinsen um etwa 1¼ Prozentpunkte steigen (Tabelle 4.4). Eine niedrigere Staatsverschuldung dürfte diesen Anstieg der Zinssätze über eine Reihe von Kanälen zumindest bis 2030 begrenzen. Zunächst einmal sorgt eine geringere Staatsverschuldung für niedrigere fiskalische Risikoprämien, da die Zahl der OECD-Länder, in denen die Staatsverschuldung den Schwellenwert von 75% des BIP überschreitet, ab dem von der Berechnung einer fiskalischen Risikoprämie

ausgegangen wird, von heute 17 bis 2020 auf 13 sinken wird; 2030 dürfte dies sogar nur noch für ein Land (Japan) der Fall sein (Abb. 4.4). In diesen Ländern werden die Konsolidierungsanstrengungen die fiskalischen Risikoprämien den Projektionen zufolge bis 2030 im Durchschnitt um etwa 1 Prozentpunkt reduzieren. Des Weiteren dürfte die Konsolidierung, insofern eine höhere Staatsverschuldung häufig mit einer höheren Auslandsverschuldung einhergeht und eine geringere Staatsverschuldung die Nettoauslandsverschuldung reduziert, auch für einen Rückgang der länderspezifischen Risikoprämien auf die inländischen Zinssätze sorgen: Die mit der Nettoauslandsverschuldung sämtlicher OECD-Länder assoziierte (ungewichtete) durchschnittliche Risikoprämie wird sich den Projektionen zufolge bis 2030 gegenüber ihrem geschätzten derzeitigen Niveau von $\frac{3}{4}$ Prozentpunkten halbieren. Trotzdem dürfte es noch OECD-Länder geben, in denen die mit der Auslandsverschuldung zusammenhängenden Risikoprämien 2030 mehr als 1 Prozentpunkt betragen werden; hierzu zählen Island, Griechenland und Neuseeland.

Die OECD-weite Konsolidierung der öffentlichen Finanzen wird die weltweite Ersparnis und das Zinsniveau beeinflussen

Die Konsolidierung der öffentlichen Finanzen wird auch die OECD- und die weltweite Ersparnis erhöhen, was wiederum in allen Ländern einen tendenziellen Rückgang der Zinssätze zur Folge haben dürfte. Ein Faktor, der einen wichtigen Einfluss ausüben und die nationale Ersparnis in den OECD- und den Nicht-OECD-Ländern in der Tendenz reduzieren wird, ist jedoch die Bevölkerungsalterung, wobei dieser Einfluss im Fall der Nicht-OECD-Länder durch einen verbesserten Kreditzugang und die Einrichtung umfassenderer Netze der sozialen Sicherung noch verstärkt wird. Trotz der in nahezu allen Ländern sinkenden Sparquoten bleibt die globale Sparquote auf Grund eines Zusammensetzungseffekts bis 2030 verhältnismäßig stabil, da der Anteil der Länder mit hoher Ersparnisbildung (vor allem China und Indien) an der weltweiten Produktion zunimmt (Abb. 4.5). In der Tat lässt das Ex-ante-Verhältnis zwischen globaler Ersparnis und globalen Investitionen die Zinssätze weltweit bis 2030 um bis zu 1 Prozentpunkt sinken, was sich in einem Rückgang der „globalen Ausgleichsprämie“ (Abb. 4.6) ausdrückt, der etwa zur Hälfte der Haushaltskonsolidierung im OECD-Raum zugeschrieben werden kann.

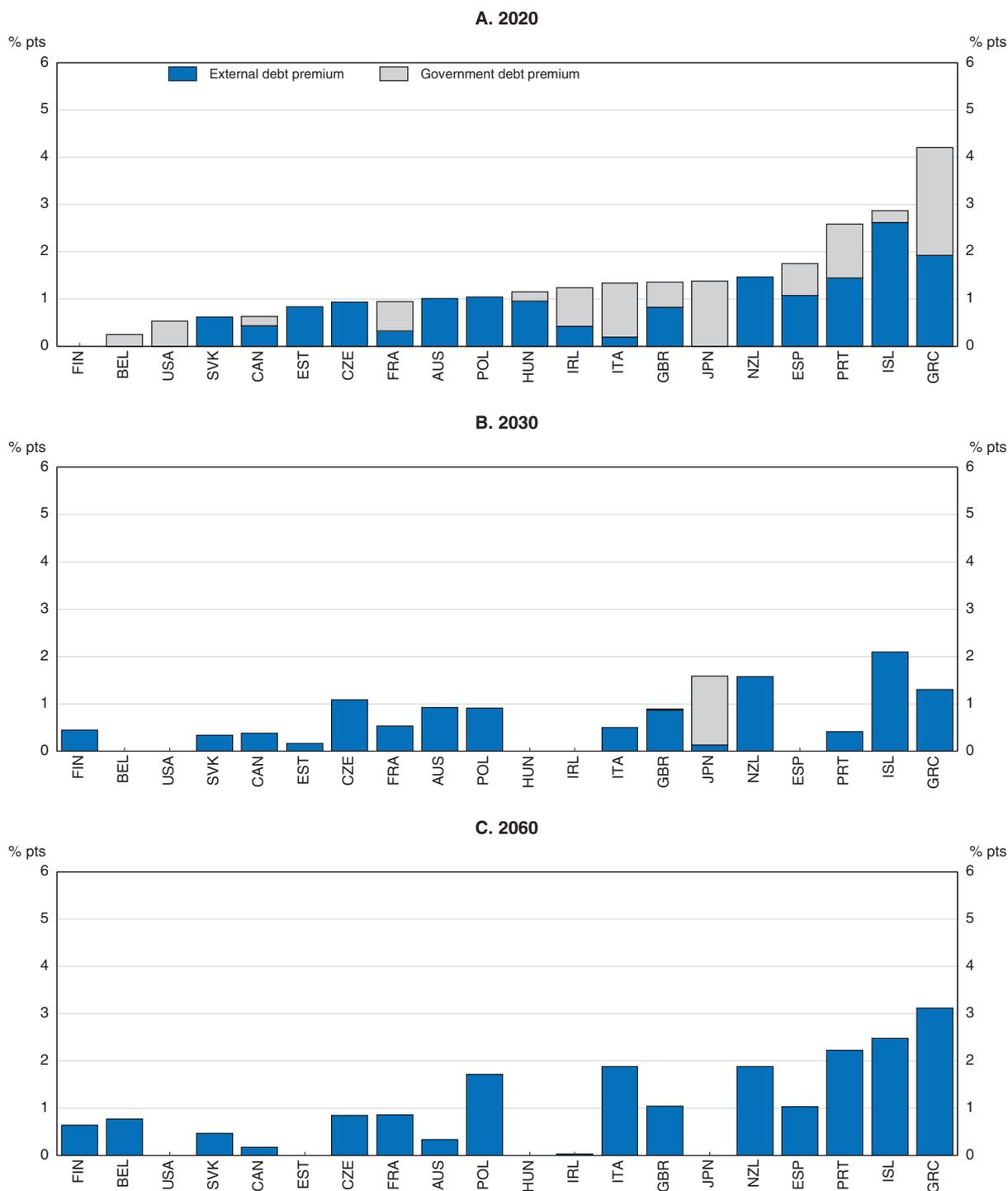
Die demografischen Trends könnten einen dominierenden Effekt auf die langfristige Entwicklung der globalen Ersparnis und der Zinssätze ausüben

Nach 2030 wird der Zusammensetzungseffekt jedoch durch einen trendmäßigen Rückgang der Sparquoten in allen Ländern aufgewogen, so dass bei der Entwicklung des Zinsaufschlags ein Richtungswechsel eintritt. Statt sich an einer antizipierten weltweiten Ex-ante-Ersparnisschwemme zu orientieren, wird er in den 2050er Jahren durch einen weltweiten Ersparnismangel bestimmt, der die globalen Zinssätze nach und nach unter Aufwärtsdruck setzt und sie bis 2060 um etwa $\frac{3}{4}$ Prozentpunkte steigen lässt. Allerdings hängt diese Projektion sehr stark von den Entwicklungen in China und Indien ab (da diese beiden Länder zusammengenommen mehr als ein Drittel der globalen Ersparnis auf sich vereinen) sowie vom Ausmaß des Einflusses der demografischen Entwicklungen auf die Ersparnisbildung¹¹.

Die Konsolidierung lässt das Wachstum auf mittlere Sicht steigen

Abgesehen von der Steigerung der Widerstandsfähigkeit gegenüber künftigen Schocks würde die OECD-weite Konsolidierung der öffentlichen Finanzen auch die Ersparnisbildung erhöhen und für einen Rückgang der Zinssätze sorgen, wie ein Vergleich mit einer (alternativen) Variante des Szenarios veranschaulicht, in der die Fiskalpolitik im OECD-Raum nur darauf ausgerichtet ist, die Staats-

Figure 4.4. Interest risk premium from public and external debt for OECD countries

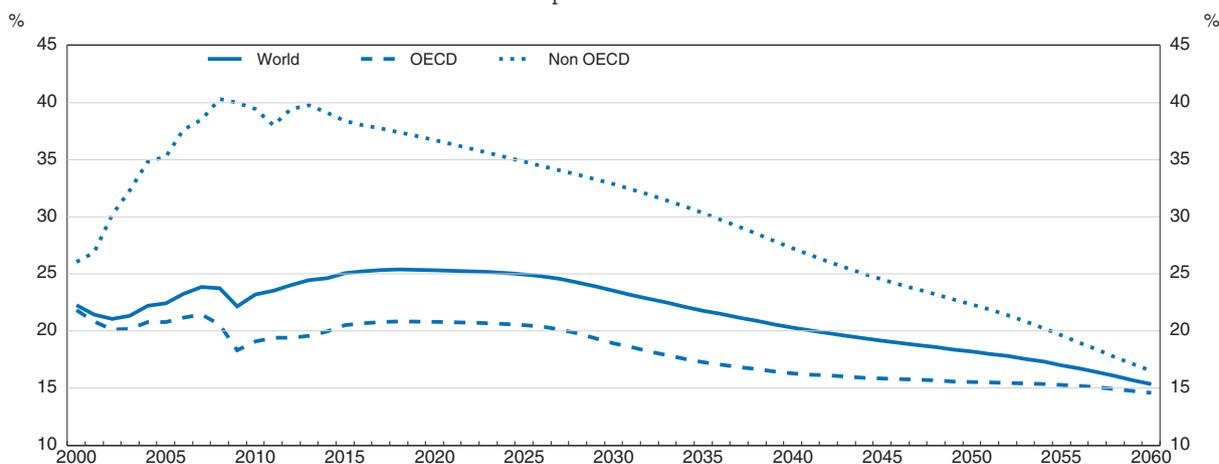


Note: There is no debt premium for Austria, Denmark, Germany, Israel, Korea, Luxembourg, the Netherlands, Slovenia, Sweden and Switzerland for any of the three periods shown.

Source: OECD Economic Outlook 95 long-term database.

StatLink  <http://dx.doi.org/10.1787/888933050142>

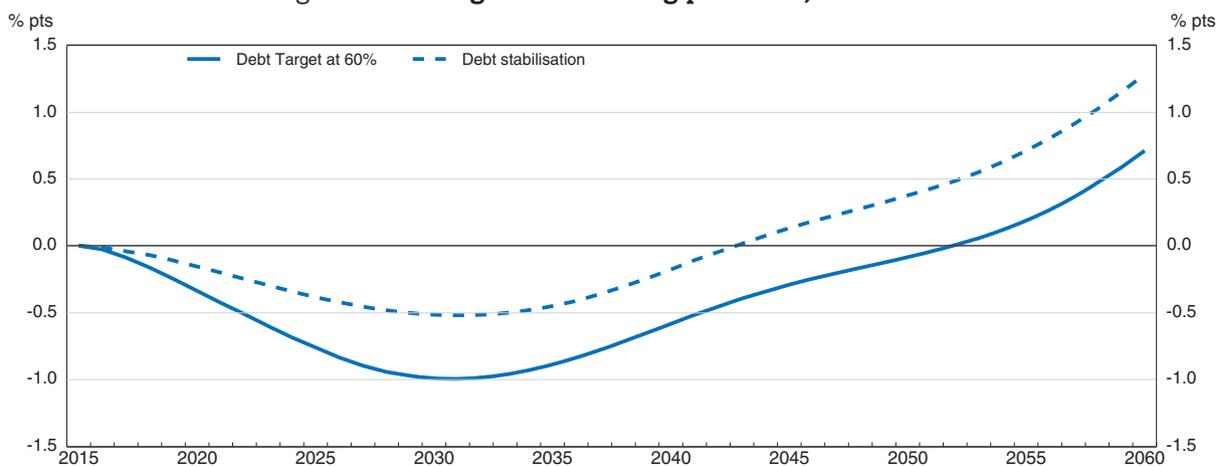
Figure 4.5. **Trends in global saving**
In per cent of GDP



Source: OECD Economic Outlook 95 long-term database.

StatLink  <http://dx.doi.org/10.1787/888933050161>

Figure 4.6. **The global balancing premium, 2015-2060**



Source: OECD Economic Outlook 95 long-term database.

StatLink  <http://dx.doi.org/10.1787/888933050180>

verschuldung auf dem Niveau von 2013 zu stabilisieren (Tabelle 4.6). Eine Reduzierung der Staatsschuldenquote auf 60% des BIP würde in den zehn Ländern mit der derzeit höchsten Staatsverschuldung die fiskalische und die mit der Auslandsverschuldung assoziierte Risikoprämie insgesamt um durchschnittlich 1½ Prozentpunkte senken, die staatlichen Schuldendienstzahlungen im Durchschnitt um 4 Prozentpunkte des BIP reduzieren und das Wachstum auf mittlere Sicht um 0,2 Prozentpunkte pro Jahr erhöhen (jeweils bis 2030, im Vergleich zu einem kontrafaktischen Modell, in dem die Staatsverschuldung auf dem gegenwärtigen Stand verharrt). Unberücksichtigt bleiben bei diesem BIP-Anstieg die Keynesianischen Effekte, die eine weitere Konsolidierung durch die verzögerte Schließung der Produktionslücken und die damit potenziell einhergehenden negativen Hysterese-Effekte auf das Produktionspotenzial haben könnte (De Long und Summers, 2012), auch wenn für die weitere Konsolidierung von einem moderaten Tempo ausgegangen wird (maximal ½% des BIP pro Jahr).

Table 4.6. **The effects of lowering government debt to 60% of GDP***In 2030, or when debt target achieved if later*

	Public debt premium % pts	External debt premium % pts	Government debt service % of GDP	GDP growth 2016-30 % pts
Austria	-0.2	0.0	-1.2	0.1
Belgium	-0.5	-0.2	-2.0	0.1
Canada	-0.4	-0.2	-2.0	0.1
Czech Republic	0.0	0.0	-0.3	0.0
Denmark	0.0	0.0	-0.2	0.1
Estonia	0.0	0.1	0.0	0.0
Finland	0.0	0.0	-0.6	0.1
France	-0.8	-0.3	-3.2	0.2
Germany	-0.1	0.0	-0.9	0.1
Greece	-3.8	-0.9	-12.8	0.6
Hungary	-0.3	0.0	-1.8	0.1
Iceland	-0.3	-0.2	-2.5	0.1
Ireland	-1.1	-0.2	-3.6	0.2
Italy	-1.9	-0.4	-5.7	0.3
Japan	-1.3	-0.9	-10.8	0.1
Korea	0.0	0.0	-0.1	0.1
Luxembourg	0.0	0.0	0.0	0.0
Netherlands	-0.3	0.0	-1.3	0.1
New Zealand	0.0	0.0	-0.1	0.0
Portugal	-1.5	-0.3	-5.1	0.3
Slovak Republic	0.0	0.1	-0.1	0.1
Slovenia	-0.2	0.0	-1.3	0.1
Spain	-0.7	0.0	-2.5	0.2
Sweden	0.0	0.0	-0.1	0.1
Switzerland	0.0	0.0	-0.1	0.0
United Kingdom	-0.7	-0.4	-3.7	0.1
United States	-0.6	0.0	-2.6	0.1

Note: Table shows the effect of reducing government debt to 60% of GDP compared to an alternative counterfactual in which fiscal policy is directed towards stabilising government debt at 2013 levels.

Source: OECD Economic Outlook 95 long-term database.

StatLink  <http://dx.doi.org/10.1787/888933051795>

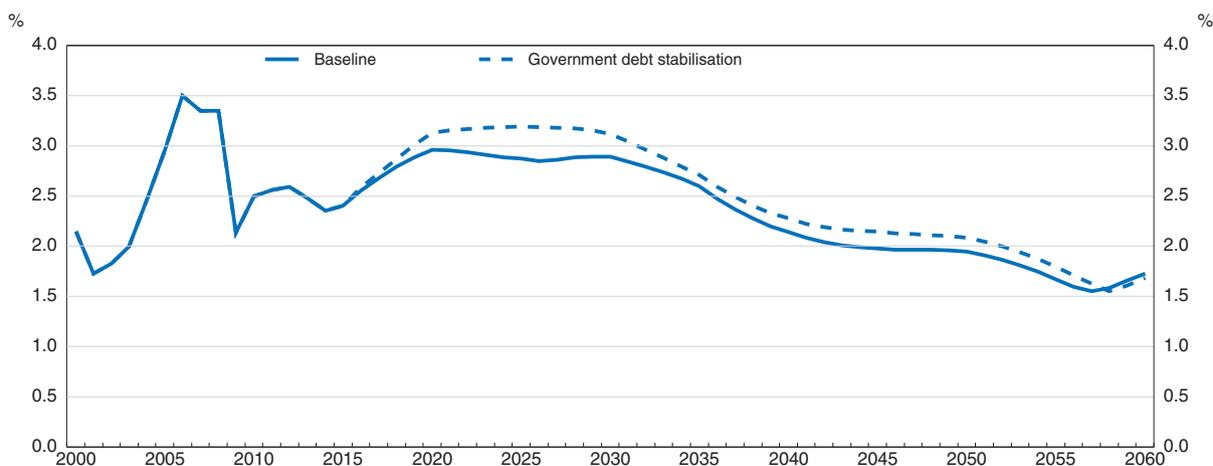
Globale Leistungsbilanzungleichgewichte

Die Konsolidierung der öffentlichen Finanzen verringert auch die globalen Ungleichgewichte

Der Gesamtumfang der derzeitigen Leistungsbilanzungleichgewichte – gemessen an der absoluten Summe aller auf das globale BIP normalisierten nominalen Leistungsbilanzsalden – liegt derzeit um etwa ein Drittel unter dem Vorkrisenhöchststand, wird aber bis etwa 2020 voraussichtlich steigen und sich bis 2030 dann stabilisieren (Abb. 4.7). Angesichts der Tatsache, dass die Mehrzahl der OECD-Länder mit hoher Staatsverschuldung den Projektionen zufolge auch hohe Leistungsbilanzdefizite ausweist, dürfte die OECD-weite Konsolidierung der öffentlichen Finanzen auch den mit den globalen Ungleichgewichten verbundenen Druck mindern helfen. Im Vergleich zu einem alternativen Szenario, in dem die Fiskalpolitik der OECD-Länder nur darauf abzielt, die Staatsverschuldung auf dem Niveau von 2013 zu stabilisieren, dürfte die im Basisszenario projizierte Haushaltskonsolidierung die globalen Ungleichgewichte im Zeitraum bis 2030 um bis zu 15% reduzieren.

Figure 4.7. **Global current account imbalances will increase until 2020**

Sum of absolute current account balances, divided by 2, in per cent of world GDP



Note: 'Government debt stabilisation' is a scenario in which OECD countries target a stable government-debt-to-GDP ratio at current levels, rather than reduce it to 60% of GDP as in the baseline.

Source: OECD Economic Outlook 95 long-term database.

StatLink  <http://dx.doi.org/10.1787/888933050199>

Die Auswirkungen von Strukturreformen auf Beschäftigung, Wachstum und öffentliche Finanzen

Es besteht beträchtlicher Spielraum für weitere strukturelle Verbesserungen

Eine kürzlich veröffentlichte Studie zur strukturellen Leistungsfähigkeit von OECD- und BRIICS-Volkswirtschaften (OECD, 2014b) mahnte „ambitionierte und umfassende Strukturreformen“ an, um die Rückkehr zu robustem und nachhaltigem Wachstum zu erleichtern. Strukturreformen können – insbesondere wenn sie eine beschäftigungsfördernde Wirkung haben – auch die öffentlichen Finanzen entlasten. Im aktuellen Basisszenario der Projektionen wird zwar ein gewisses Maß an Strukturreformen unterstellt, es besteht jedoch nach wie vor erheblicher Spielraum für weitere Verbesserungen, wie in einer Reihe hier erörterter Szenarien gezeigt wird. Dabei handelt es sich erstens um eine Steigerung der potenziellen Beschäftigung, sei es durch eine Verringerung der strukturellen Arbeitslosigkeit oder eine Förderung der Erwerbsbeteiligung von Frauen, zweitens um eine Verbesserung der Produktmarktregulierung, um mehr Wettbewerb zu ermöglichen und dadurch die Produktivität zu steigern; und schließlich um eine Erhöhung des Humankapitals durch besseren Zugang zu qualitativ hochwertiger Bildung.

Die fiskalischen Effekte einer höheren potenziellen Beschäftigung

Durch eine niedrigere strukturelle Arbeitslosigkeit können die öffentlichen Finanzen entlastet werden

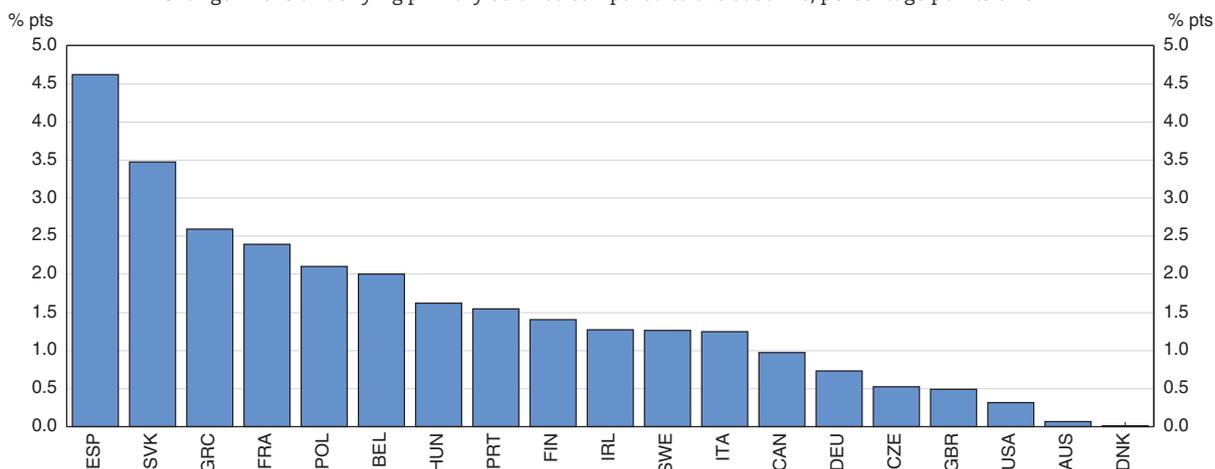
In einem Reformszenario wird unterstellt, dass die strukturelle Arbeitslosigkeit in allen OECD-Ländern, in denen sie gegenwärtig über 5% liegt, durch Arbeitsmarktreformen auf 5% reduziert wird¹². Eine höhere potenzielle Beschäftigung steigert die Steuereinnahmen und verringert die Ausgaben für Arbeitslosenunterstützungsleistungen. Wenn die zusätzliche Beschäftigung im privaten Sektor entsteht, was einen Anstieg der Steuerbasis gegenüber den Ausgaben für Löhne und Gehälter im öffentlichen Sektor impliziert, gehen zudem die Gesamtstaatsausgaben im Verhältnis zum BIP zurück¹³. Auf dieser

Basis besteht der größte Spielraum für eine Verringerung der strukturellen Arbeitslosigkeit im Vergleich zu den Basisprojektionen in Spanien (Verringerung um 10 Prozentpunkte), Griechenland (um 7½ Prozentpunkte), der Slowakischen Republik (um 9 Prozentpunkte) und Portugal (um 4 Prozentpunkte). Die größten dauerhaften Verbesserungen des Primärsaldos ergeben sich für diese Länder sowie für Länder wie Frankreich und Belgien, für die der Rückgang der strukturellen Arbeitslosigkeit zwar geringer ausfallen könnte, in denen aber die Arbeitslosenunterstützungsleistungen relativ hoch sind und die Beschäftigung im öffentlichen Sektor einen relativ hohen Anteil der Gesamtbeschäftigung ausmacht (Abb. 4.8). Für diese insgesamt sechs Länder würde sich der Primärsaldo durch die Verringerung der strukturellen Arbeitslosigkeit dauerhaft um mehr als 2 Prozentpunkte des BIP verbessern; für Spanien würde die Verbesserung sogar mehr als doppelt so hoch ausfallen. Die Größenordnung dieser Effekte wird deutlich, wenn man bedenkt, dass die Belastung durch höhere öffentliche Ausgaben für Gesundheitsversorgung und Renten für das OECD-Medianland bis 2030 bei knapp unter 3 Prozentpunkten des BIP liegen dürfte. Neben der Verringerung des zum Erreichen eines bestimmten Schuldenziels erforderlichen Konsolidierungsumfangs würde ein Rückgang der strukturellen Arbeitslosigkeit auch dazu beitragen, dieses Ziel schneller zu erreichen¹⁴; das Schuldenziel von 60% im Basisszenario würde in der Slowakischen Republik fünf Jahre früher, in Griechenland vier Jahre früher und in Frankreich und Portugal drei Jahre früher erreicht.

Die Steigerung der Frauenerwerbsquote sollte in vielen Ländern prioritär behandelt werden ...

Die Erhöhung der Erwerbsbeteiligung von Frauen sollte eine strukturpolitische Priorität darstellen, insbesondere in Ländern, in denen sich die rasche Bevölkerungsalterung mit größter Wahrscheinlichkeit negativ auf die Beschäftigungsquote auswirken dürfte (OECD, 2013b und 2014b). Zwar haben bislang gesellschaftliche Entwicklungen eine Schlüsselrolle beim Anstieg der Frauenerwerbsquote gespielt, doch kann die Politik hier ebenfalls

Figure 4.8. **The fiscal gains from a fall in structural unemployment**
Change in the underlying primary balance compared to the baseline, percentage points of GDP



Note: The numbers represent the effect on the primary balance of a fall of the structural unemployment to 5 per cent. Countries where unemployment is already below 5 per cent are not shown.

Source: OECD Economic Outlook 95 long-term database; and OECD Calculations.

StatLink  <http://dx.doi.org/10.1787/888933050218>

Einfluss nehmen (Thévenon, 2013). Dies gilt insbesondere im Hinblick auf die Verfügbarkeit zuverlässiger und bezahlbarer Kinderbetreuung, durch die sich die Möglichkeit, nach der Geburt eines Kindes erwerbstätig zu bleiben, bedeutend erhöht – was grundsätzlich beide Elternteile, am häufigsten aber Frauen betrifft. In diesem Zusammenhang spielt auch die Frage eine Rolle, ob Erziehungsurlaub sowohl von Müttern als auch von Vätern in Anspruch genommen werden kann. Zu den weiteren Politikmaßnahmen mit erheblichen Auswirkungen auf die Erwerbsbeteiligung von Frauen zählt eine Erleichterung der Teilzeiterwerbstätigkeit, die im Moment in den meisten Ländern immer noch mit beträchtlichen Nachteilen im Vergleich zur Vollzeiterwerbstätigkeit verbunden ist (OECD, 2010), wie z.B. unzureichende Arbeitsplatzsicherheit, Fortbildungs- und Aufstiegsmöglichkeiten sowie eingeschränkter Zugang zu Arbeitslosenunterstützung oder Wiedereingliederungshilfen.

... wobei einige Länder davon ganz erheblich profitieren könnten

In einer weiteren Variante des Szenarios wird für 2030 eine Erhöhung der Frauenerwerbsquote auf das derzeit im OECD-Medianland verzeichnete Niveau der Erwerbsbeteiligung in Vollzeitäquivalenten (54%) unterstellt. In der Türkei, Polen und Italien ergibt sich daraus ein so starker Gesamtzuwachs der Erwerbsbeteiligung, dass das BIP im Jahr 2030 um über 10% höher ausfällt. Eine Steigerung um wenigstens 5% wird auch für Belgien, Frankreich, Griechenland, Japan, die Tschechische Republik und Ungarn verzeichnet. Angesichts der Wahrscheinlichkeit von Beschäftigungszuwächsen im privaten Sektor könnten daraus auch erhebliche Haushaltseinsparungen erwachsen, die geschätzt bei rd. 6% des BIP für Italien und Polen sowie 2-3% des BIP für Belgien, Frankreich, Griechenland, Japan, die Slowakische Republik, die Tschechische Republik und Ungarn liegen dürften¹⁵.

Die Wachstumseffekte von Produktmarktreformen

Eine Beschleunigung der Produktmarktreformen würde das BIP steigern

Es gibt zahlreiche Belege auf Unternehmens-, Branchen- und makroökonomischer Ebene dafür, dass ein Zusammenhang zwischen wettbewerbsfreundlicher Produktmarktregulierung (gemessen am PMR-Index der OECD) und höherer Produktivität besteht, und dieser Zusammenhang wurde auch in den Modellierungsrahmen, der den aktuellen Projektionen zu Grunde liegt, aufgenommen¹⁶. Im Basisszenario wird eine allmähliche Verbesserung der Produktmarktregulierung (gemessen am PMR-Index) unterstellt, bei der alle Länder mindestens den gegenwärtigen Durchschnitt der OECD-Länder erreichen, und zwar in einem Tempo, das der in jüngerer Vergangenheit beobachteten durchschnittlichen Verbesserungsgeschwindigkeit entspricht. In den letzten fünf Jahren hat sich das Tempo der Verbesserungen verlangsamt; eine Ausnahme bilden allerdings einige Länder, in denen umfangreichere Reformen vorgenommen wurden – insbesondere Griechenland, Italien, Polen, Portugal und die Slowakische Republik (OECD, 2014b). In einem alternativen Szenario mit einem höheren Reformtempo wird unterstellt, dass die Geschwindigkeit der Verbesserung der Produktmarktregulierung in allen Ländern dem durchschnittlichen Tempo dieser Ländergruppe entspricht, die ein schnelles Reformtempo vorgelegt hat. Die schneller voranschreitenden Produktmarktreformen steigern die Trendproduktivität in jenen Ländern am meisten, in denen der größte Nachholbedarf im Hinblick auf eine wettbewerbsfreundliche Ausrichtung der Regulierung besteht (und in den Ländern überhaupt nicht, deren PMR-Indikator

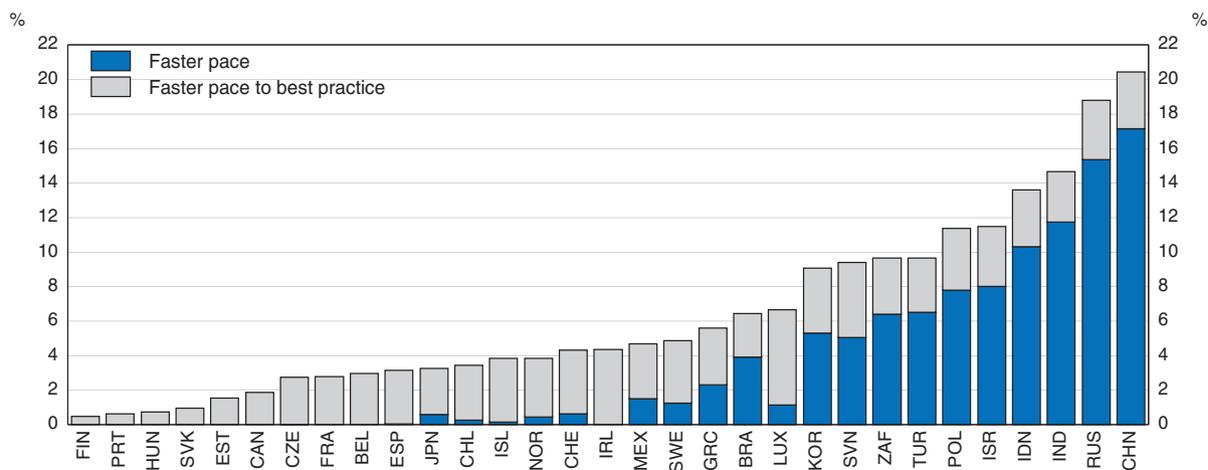
bereits über dem aktuellen OECD-Durchschnitt liegt). Größere Zuwächse ergeben sich daher im Allgemeinen für Nicht-OECD-Volkswirtschaften (durchschnittliche Erhöhung des BIP um 9% bis 2030) sowie für die sechs OECD-Länder, in denen die Regulierung gegenwärtig am strengsten ist (durchschnittliche Steigerung des BIP um 6% bis 2030) (Abb. 4.9). In einem weiteren Szenario, in dem zusätzlich unterstellt wird, dass sich die Produktmarktregulierung mindestens auf das Niveau des gegenwärtig besten Quartils unter den OECD-Ländern verbessert, anstatt (wie im Basisszenario und in der ersten Variante) nur auf den gegenwärtigen OECD-Durchschnitt, wären die BIP-Zuwächse noch höher und auf eine wesentlich größere Gruppe von Ländern verteilt. Mit einer derartigen Reformanstrengung würde man auch der Zielvorgabe der G20 nahekommen, das gemeinsame BIP innerhalb von fünf Jahren um 2% zu steigern.

Positive Effekte eines verbesserten Zugangs zu Bildung in aufstrebenden Marktwirtschaften

Bildungsreformen in aufstrebenden Marktwirtschaften könnten das Humankapital steigern

Ein besserer Zugang zu qualitativ hochwertiger Bildung ist eine prioritäre Empfehlung für viele aufstrebende Volkswirtschaften, darunter die BRIICS sowie die Türkei, Mexiko und Chile (OECD, 2013b und 2014b). Bildung erhöht das Humankapital und somit die Produktivität der Arbeitskräfte und zählt zu den wichtigsten Antriebskräften einer langfristigen Steigerung des Lebensstandards (Cohen und Soto, 2007; Bouis et al., 2011). Die Reformen dürften dort einen größeren Nutzen entfalten, wo die durchschnittliche Zahl der Bildungsjahre noch niedrig ist, da empirische Befunde darauf hindeuten, dass die Erträge aus einer Steigerung der Teilnahmequoten und des Leistungsniveaus im Primar- und Sekundarbereich höher sind als im Tertiärbereich¹⁷.

Figure 4.9. **The effect of improved product market regulation on GDP**
In 2030, per cent



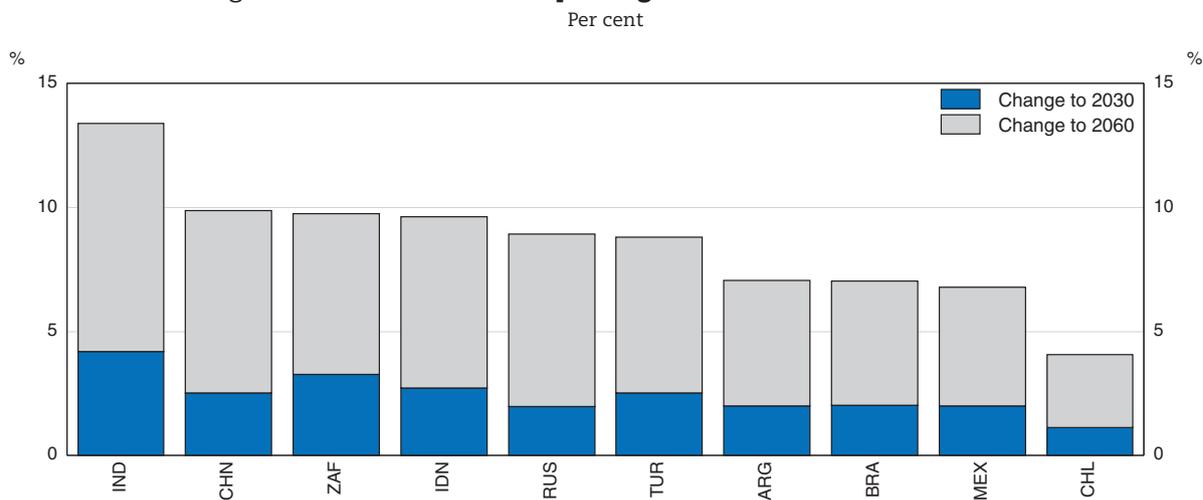
Note: The 'Faster pace' shows the effect of an increase in the speed of product market reform which roughly matches the average rate of improvement in the PMR index observed over the period 2008-13 for Greece, Italy, Poland, Portugal and Slovak Republic. The 'Faster pace of reform to best practice' shows the effect of the same increased speed of product market reform, but to a level which matches the current best quartile among OECD countries rather than the current OECD average as in the baseline and first scenario.

Source: OECD Economic Outlook 95 long-term database; and OECD Calculations.

StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888933050237>

Um den Effekt ambitionierter Bildungsreformen in aufstrebenden Volkswirtschaften zu simulieren, wurde ein alternatives Szenario mit einer rascheren Anhebung des Bildungsniveaus auf Basis früherer Episoden in Niedrigeinkommensländern konstruiert, in denen die Teilnahmequoten und das Leistungsniveau im Primar- und Sekundarbereich durch umfangreiche Reformen verbessert wurden. Brasilien, Chile, Indonesien, Korea, Mexiko und Russland verzeichneten Phasen von mindestens zehn Jahren mit einem überdurchschnittlichen Anstieg des Bildungsniveaus in der Altersgruppe der 25- bis 29-Jährigen. Während dieser Phasen war das jährliche Tempo der Konvergenz des Bildungsniveaus im Durchschnitt rd. 60% höher als im Basisszenario unterstellt. Das alternative Szenario, das von einer ähnlichen Verbesserungsgeschwindigkeit ausgeht, verdeutlicht die langfristigen Produktivitätszuwächse, die in aufstrebenden Volkswirtschaften durch schnellere Anhebungen des Bildungsniveaus erzielt werden können. Wesentliche BIP-Effekte dürften sich zwar erst mit längerer zeitlicher Verzögerung einstellen, da von den Reformen vor allem Menschen profitieren werden, die jetzt noch sehr jung sind; langfristig (bis 2060) könnten die BIP-Zuwächse für China, Indien, Indonesien und Südafrika aber bei 10% und mehr liegen (Abb. 4.10)¹⁸.

Figure 4.10. **The effect of improving access to education on GDP**



Note: The bars report the impact on GDP that increased access to quality-education will have through improvements in human capital.
Source: OECD Economic Outlook 95 long-term database; and OECD calculations.

StatLink  <http://dx.doi.org/10.1787/888933050256>

Anmerkungen

1. Der Redaktionsschluss für die den Projektionen dieses Kapitels zu Grunde gelegten Daten war der 15. April 2014. Das bedeutet, dass es kleinere Unterschiede gegenüber den in den Kapiteln 1 bis 3 vorgelegten kurzfristigen Projektionen geben kann. Es bedeutet außerdem, dass die jüngsten KKP-Aktualisierungen für die aufstrebenden Volkswirtschaften in den Projektionen nicht berücksichtigt wurden, wobei ihr Effekt allerdings im Text erörtert wird.
2. Im folgenden Teil des Kapitels sollte berücksichtigt werden, dass sich die Aussagen hinsichtlich der Anteile am globalen BIP oder hinsichtlich der Länderrangfolge auf diesen unvollständigen Länderkreis beziehen.
3. Den aktuellen Projektionen zufolge werden Länder, die 2015 eine große Produktionslücke aufweisen – darunter die Tschechische Republik, Irland, Italien, die Niederlande, Portugal und Spanien – bis 2020 ein durchschnittliches BIP-Wachstum verzeichnen, das pro Jahr rd. 1 Prozentpunkt über dem Potenzialwachstum liegt, wobei die Dynamik in Griechenland etwa doppelt so stark sein wird.
4. Zu den Änderungen der Methoden des SNA 2008 gehört eine neue Behandlung der Ausgaben für Forschung und Entwicklung, Rüstungsgüter und Finanzdienstleistungen.
5. Es ist davon auszugehen, dass die meisten europäischen Länder im Verlauf des Jahres 2014 zu SNA 2008 übergehen und dass die Nicht-OECD-Länder dies in der Folge ebenfalls tun werden.
6. Es ist jedoch möglich, dass die Bevölkerungsprojektionen den Beitrag der Zuwanderung als Ausgleich für den Rückgang der Bevölkerung im Erwerbsalter überschätzen, da sie unberücksichtigt lassen, dass die einkommensbezogenen Auswanderungsanreize im Zuge der Konvergenz der Pro-Kopf-Einkommen abnehmen (OECD, 2014a).
7. Hier wird das Konzept der Bruttostaatsverschuldung auf der Basis des Systems der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (und nicht der Maastricht-Definition) zu Grunde gelegt; für die Untersuchung der langfristigen Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen ist die Nettoverschuldung (abzüglich der vom Staat gehaltenen Finanzaktiva) als Messgröße jedoch konzeptionell sicherlich vorzuziehen, da sie den Schuldenbetrag darstellt, der verbleiben würde, wenn die staatlichen Instanzen alle von ihnen gehaltenen Finanzaktiva auflösen würden. Besonders groß ist die Differenz zwischen Brutto- und Nettoverschuldung in Norwegen, Japan, Schweden, Finnland und Kanada, weshalb für diese Länder eine Zielvorgabe von 60% für die Bruttostaatsverschuldung übermäßig streng erscheinen könnte. Das Konzept der Bruttoverschuldung ist allerdings vorzuziehen, wenn der unmittelbare Kreditbedarf des Staats betrachtet wird, und hat den praktischen Vorteil, länderübergreifend besser vergleichbar zu sein, da die Daten zu den Finanzaktiva in den einzelnen Ländern von unterschiedlicher Qualität sind.
8. Die Messgröße der durchschnittlichen Konsolidierung entspricht der Differenz zwischen dem strukturellen Primärsaldo im Ausgangsjahr (hier 2015) und dem Durchschnitt der strukturellen Primärsalden aller Jahre bis 2030, unter Ausklammerung jener Länder, in denen das Schuldenziel erst nach 2030 erreicht wird und bei denen der Durchschnitt auf das Jahr extrapoliert wird, in dem die Staatsverschuldung die Zielvorgabe von 60% erreicht.
9. Der Spitzenwert hängt jedoch stärker vom spezifischen Profil der Haushaltskonsolidierung ab, das zur Erreichung des Schuldenziels herangezogen wird, wobei das Basisszenario nur einen bestimmten Fall darstellt.
10. Zusätzlicher fiskalischer Druck entsteht möglicherweise durch die Bildungsausgaben, da die Regierungen bemüht sind, Chancengleichheit zu gewährleisten und ein wissensintensives Wachstum zu unterstützen (OECD, 2014a).
11. Im Modell werden die demografischen Effekte auf die Ersparnisbildung anhand fester Abhängigenquotienten erfasst, wenngleich dies im Fall einer Anhebung des Rentenalters zu Problemen führt, insbesondere nach 2030, wo davon ausgegangen wird, dass das Rentenalter in allen Ländern parallel zur Lebenserwartung steigt.
12. Unmittelbar vor Eintreten der Krise hatte fast ein Drittel der OECD-Länder eine strukturelle Arbeitslosenquote von 5% erreicht. In den Basisprojektionen nähert sich die strukturelle Arbeitslosigkeit in den einzelnen Ländern langsam dem Vorkrisenniveau an.
13. Strukturereformen dürften eher einen positiven Einfluss auf die Haushaltslage haben, wenn sie eine höhere potenzielle Beschäftigung bewirken, als wenn sie zu höherer Trendproduktivität führen. Die gesamte geschätzte Verbesserung des strukturellen Primärsaldos durch einen Anstieg der potenziellen Beschäftigung um 1 Prozentpunkt liegt zwischen 0,3% und 0,8% des BIP, wobei der Effekt in jenen Ländern am höchsten ausfällt, in denen das Verhältnis von öffentlicher zu privater Beschäftigung und der Anteil der staatlichen Primärausgaben am BIP anfangs am höchsten sind (OECD, 2010).
14. Die Haushaltskonsolidierung im Basisszenario erfolgt über eine allmähliche Verbesserung des strukturellen Primärsaldos und ist auf maximal ½ Prozentpunkt des BIP pro Jahr begrenzt; es wird jedoch unterstellt, dass sich dieser Höchstwert als indirekte Folge von Arbeitsmarktreformen um den Effekt der Verringerung der Arbeitslosigkeit erhöht.

15. Die Haushaltseinsparungen durch eine höhere Frauenerwerbsquote könnten jedoch konterkariert werden, wenn die zur Steigerung der Frauenerwerbsquote erforderlichen Leistungen für die Kinderbetreuung zu erheblichen Haushaltsbelastungen führen würden.
16. Ein Zusammenhang zwischen der Wachstumsentwicklung auf Unternehmens-, Branchen- und makroökonomischer Ebene und einer wettbewerbsfördernden Produktmarktregulierung wurde von Boursès et al. (2010), Bouis et al. (2011), Conway et al. (2006) und Griffith et al. (2004) festgestellt. In den empirischen Arbeiten, die dem gegenwärtigen Modellierungsrahmen zu Grunde liegen (Johansson et al., 2013), wurde festgestellt, dass eine wettbewerbsfreundlichere Produktmarktregulierung, gemessen am Produktmarktregulierungsindex der OECD, die langfristige Produktivität steigert und somit die Geschwindigkeit, mit der sich die jeweiligen Länder der internationalen Technologiegrenze nähern, beeinflusst.
17. Dies spiegelt sich im vorliegenden Modellierungsrahmen wider, in dem die Verbesserung des Humankapitals als eine abnehmende Funktion der zusätzlichen Bildungsjahre modelliert ist.
18. Die türkische Regierung verabschiedete unlängst ein Reformprogramm, durch das sich die durchschnittliche Zahl der Bildungsjahre in der Alterskohorte der 25- bis 29-Jährigen bis 2025 auf ungefähr 13 Jahre erhöhen soll; dies wurde in den hier dargestellten Basisprojektionen nicht berücksichtigt, die möglichen BIP-Effekte wurden jedoch in OECD (2012) untersucht.

Literaturverzeichnis

- Bouis, R., R. Duval und F. Murtin (2011), "The Policy and Institutional Drivers of Economic Growth Across OECD and Non-OECD Economies: New Evidence from Growth Regressions", *OECD Economics Department Working Papers*, No. 843, OECD Publishing.
- Bourlès, R., G. Cette, J. Lopez, J. Mairesse und G. Nicoletti (2010), "Do Product Market Regulations in Upstream Sectors Curb Productivity Growth?: Panel Data Evidence for OECD Countries", *OECD Economics Department Working Papers*, No. 791, OECD Publishing.
- Cohen und Soto (2007), "Growth and Human Capital: Good Data, Good Results", *Journal of Economic Growth*, Vol. 12.
- Conway, P., D. De Rosa, G. Nicoletti und F. Steiner (2006), "Regulation, Competition and Productivity Convergence", *OECD Economics Department Working Paper*, No. 509, OECD Publishing.
- DeLong, B. und L. Summers (2012), "Fiscal Policy in a Depressed Economy", Beitrag zur Frühjahrskonferenz 2012 des Brookings Panel on Economic Activity, 22.-23. März, Washington, D.C.
- Égert, B. (2010), "Fiscal Policy Reaction to the Cycle in the OECD: Pro- or Counter-Cyclical?", *OECD Economics Department Working Papers*, No. 763, OECD Publishing.
- Frankel, J. (2006), "The Balassa-Samuelson Relationship and the Renminbi", *Harvard Working Paper*, Dezember.
- Griffith, R., S. Redding und J. van Reenen (2004), "Mapping the Two Faces of R&D: Productivity Growth in a Panel of OECD Countries", *Review of Economics and Statistics*, Vol. 86.
- Johansson, A., Y. Guillemette, F. Murtin, D. Turner, G. Nicoletti, C. de la Maisonnette, P. Bagnoli, G. Bousquet und F. Spinelli (2013), "Long-Term Growth Scenarios", *OECD Economics Department Working Papers*, No. 1000, OECD Publishing.
- Guillemette, Y. und J. Strasky (2013), "Japan's Challenging Debt Dynamics", *OECD Economics Department Working Papers*, No. 1085, OECD Publishing.
- Kerdrain, C., I. Koske und I. Wanner (2010), "The Impact of Structural Policies on Saving, Investment and Current Accounts", *OECD Economics Department Working Papers*, No. 815, OECD Publishing.
- Lane, P. R. und G.M. Milesi Ferreti (2001), "Long-Term Capital Movements", Center for Economic Policy Research, *Discussion Paper*, No. 2873.
- Laubach, T. (2009), "New Evidence on the Interest Rate Effects of Budget Deficits and Debt", *Journal of the European Economic Association*, Vol. 7.
- OECD (2010), *Wirtschaftsausblick 88*, "Konsolidierung der staatlichen Haushalte: Anforderungen, zeitlicher Ablauf, Instrumente und institutionelle Ausgestaltung", Kapitel 4, OECD Publishing.
- OECD (2012), *OECD Economic Surveys: Turkey*, OECD Publishing.
- OECD (2013a), *Wirtschaftsausblick 93*, "Langfristige Wachstumsaussichten und fiskalpolitische Anforderungen", Kapitel 4, OECD Publishing.
- OECD (2013b), *Economic Policy Reforms, Going for Growth*, OECD Publishing.
- OECD (2014a), "OECD@100: Policies for a Shifting World", *OECD Economic Policy Papers*, erscheint demnächst, OECD Publishing.
- OECD (2014b), *Economic Policy Reforms, Going For Growth, Interim Report, 2014*, OECD Publishing.

- Oliveira Martins, J. und C. de la Maisonneuve (2014, erscheint demnächst), "The Future of Health and Long-Term Care Spending", *OECD Economic Studies*, OECD Publishing.
- Röhn, O. (2011), "New Evidence on the Private Saving Offset and Ricardian Equivalence", *OECD Economics Department Working Paper*, No. 762, OECD Publishing.
- Rose, D. (2010), "The Influence of Foreign Assets and Liabilities on Real Interest Rates", *Institute of Policy Studies Working Paper*, 10/09.
- Thévenon, O. (2013), "Drivers of Female Labour Force Participation in the OECD", *OECD Social, Employment and Migration Working Paper*, No. 145, OECD Publishing.
- Turner, D. und F. Spinelli (2013), "The effect of government debt, external debt and their interaction on OECD interest rates", *OECD Economics Department Working Paper*, No. 1103, OECD Publishing.



From:
OECD Economic Outlook, Volume 2014 Issue 1

Access the complete publication at:
https://doi.org/10.1787/eco_outlook-v2014-1-en

Please cite this chapter as:

OECD (2014), “Langfristige Wachstumsaussichten und fiskalpolitische Erfordernisse”, in *OECD Economic Outlook, Volume 2014 Issue 1*, OECD Publishing, Paris.

DOI: https://doi.org/10.1787/eco_outlook-v2014-1-44-de

Das vorliegende Dokument wird unter der Verantwortung des Generalsekretärs der OECD veröffentlicht. Die darin zum Ausdruck gebrachten Meinungen und Argumente spiegeln nicht zwangsläufig die offizielle Einstellung der OECD-Mitgliedstaaten wider.

This document and any map included herein are without prejudice to the status of or sovereignty over any territory, to the delimitation of international frontiers and boundaries and to the name of any territory, city or area.

You can copy, download or print OECD content for your own use, and you can include excerpts from OECD publications, databases and multimedia products in your own documents, presentations, blogs, websites and teaching materials, provided that suitable acknowledgment of OECD as source and copyright owner is given. All requests for public or commercial use and translation rights should be submitted to rights@oecd.org. Requests for permission to photocopy portions of this material for public or commercial use shall be addressed directly to the Copyright Clearance Center (CCC) at info@copyright.com or the Centre français d'exploitation du droit de copie (CFC) at contact@cfcopies.com.